

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des

AKTIVITÄT  
DISZIPLIN  
EINIGKEIT

GEGEN  
MILITARISCHE

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntma- bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Belan-

Besitzpreis mit illust. Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 1.80, für Selbstabholer 1.70 Mf. — Durch die Post bezogen 1.80 Mf. ohne Beilegeld. Telefon Sammelnnummer 72206. Postleistungskonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Telegramm-Adresse: Wo, Telefon 72206. — Berlin, Tauchaer Straße 19/21 — Tel.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsanfragen nehmen die Aussträger, unsere Zweigställe und alle Postanstalten entgegen

schafft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau behördlicherseits arbeitsstät. Pegan, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Inseratenpreise: Die 10gsp. Kolonzeile 35 Pg., Familiennotizen von Privaten mit 50%, Nachr. Stellenangebote 10gsp. Kolonzeile 25 Pg. Kleine Anzeigen: Überblickswort 20 Pg., Textwort 10 Pg. Reklamezeile 2 Mf. Inserate v. auswärts: die 10gsp. Kolonzeile 40 Pg. Reklamezeile 2.25 Mf.

Die Leipziger Volkszeitung erhält täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsanfragen nehmen die Aussträger, unsere Zweigställe und alle Postanstalten entgegen

# Für Demokratie und Sozialismus!

## Deutsches Volk! Wählerinnen und Wähler!

In dem harten Ringen der Arbeiterklasse und aller freiheitlich denkenden Volksschichten Deutschlands gegen Knechtschaft und Diktatur ist der 31. Juli ein Tag von entscheidender Bedeutung.

Militaristen und Nationalisten nehmen einen neuen Anlauf, die Gewalt zu ergreifen, um sie zur Zerschlagung der Demokratie, zur Entrichtung der breiten Massen, zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Knechtung zu missbrauchen.

Sie stürzen die Regierung Brüning nicht, um etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen, nicht um dem Volke in schwerer Zeit mehr Einfluß auf Staat und Wirtschaft zu verschaffen, sondern um es ganz auszuschließen, und einem Kabinett des Adels, des Großgrundbesitzes und des Schwerkapitals an die Macht zu verhelfen.

Diese Regierung hat in ihren ersten Verlautbarungen dem „Wohlfahrtsstaat“ und dem „Staatssozialismus“ den Krieg erklärt und damit bekundet, daß ihre „grundsätzlich neue Richtung der Volksführung“ gegen die Volksschichten gerichtet sein soll, die sich in den 14 Jahren nach dem Zusammenbruch des alten Regimes die Staatsbürgerrechte der Demokratie und eine beschränkte soziale Fürsorge errungen hatten.

Die Bildung dieser volksfeindlichen Regierung wurde nur möglich auf den Schultern der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die durch ihre Führer Hitler und Göring die Tolerierung des Kabinetts Papen gegen gewisse Gegenleistungen versprach.

Die Regierung löste auf ihren Wunsch den Reichstag auf, sie überließ ihnen den Rundfunk für ihre Propaganda, sie stellte die von Gröner verbotene Privatarmee Hitlers wieder her, sie gab ihr das Recht, Uniformen zu tragen und zu demonstrieren.

### Zahlen aber muß das Volk!

Die Regierung Papen hat ihrer Kriegserklärung an den „Wohlfahrtsstaat“ sehr rasch die Tat folgen lassen in Gestalt einer neuen Notverordnung, die alle bisherigen an Härte weit übertrifft.

Sie hat den Opfern des Krieges, den Witwen und Waisen, den Opfern der Arbeit, den Invaliden, den Opfern der Krise, den Arbeitslosen die kärglichen Renten erbarmungslos gekürzt.

Sie hat dem Beamten, dem Handwerker, dem Kaufmann, dem Käufer neue Abgaben aufgebürdet. Sie hat den noch Arbeitenden die ganze neue Last auferlegt, den Reichen aber neue Steuergeschenke gegeben.

Sie hat die Pläne zur Arbeitsbeschaffung und zu einer gerechten Arbeitsverteilung zu Fall gebracht.

Gegen die Taten dieser Regierung und ihre Stützen in ganzen Welt um Verständnis geworben. Ihre Politik der Verständigung mit Frankreich wurde als schlapp, feige, un-deutsch, ja geradezu landesverräterisch hingestellt. Indem auch die Regierung der „nationalen Konzentration“, die Regierung Papen, den Weg der Verständigung mit Frankreich beschritt, hat sie wider Willen den schamlosen Betrug der nationalsozialistischen Demagogen entlarvt.

Die Tätigkeit der Regierung Papen beginnt weiten Volkskreisen die Augen zu öffnen über die Wirkung nationalsozialistischer Erfolge. Je größer diese Erfolge waren, um so zerrütteter wurde die Wirtschaftslage, um so mehr faßte die Regierung den Mut, die Lebenslage der Armen noch weiter zu verkümmern.

Diese Erkenntnis gilt es in die Köpfe der Millionen zu hämmern, die unter den heutigen Zuständen leiden und die sich irreführen ließen.

Es gilt aber auch die Erkenntnis zu verbreiten, daß die kapitalistische Wirtschaft ihren Höhepunkt überschritten hat, daß sie nicht imstande ist, ihre Aufgabe zu erfüllen, daß sie die Menschen nicht mehr ernähren, bekleiden, behausen kann, daß sie von einer neuen, höheren Wirtschaftsform abgelöst werden muß.

**In voller Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften fordern wir den Umbau der Wirtschaft. Die Staatsmacht muß planmäßig in den Dienst der Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine sozialistische Bedarfswirtschaft gestellt werden. Nur so kann das Elend abgewehrt und der Jugend die Hoffnung auf eine neue Lebensaufgabe gegeben werden!**

In diesen Kämpfen zweier Weltanschauungen zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen Knechtschaft und Freiheit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist der 31. Juli ein Entscheidungstag.

Deshalb: Mit erhöhter Aktivität, Disziplin und Einigkeit in den Kampf! Die Pfeile der Freiheit sollen die Feinde des Volkes treffen. Die deutsche Arbeiterklasse läßt sich nicht überwinden. Sie wird allen Gewalten zum Trotz ihre große geschichtliche Mission erfüllen.

## Volk gib acht! Brüder wacht!

## Kämpft für Demokratie und Sozialismus!

Berlin, den 28. Juni 1932.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Hoovers Abrüstungsplan

Wie der Phönix aus seiner eigenen Asche zu neuem Leben erwächst, so erstand der Genfer Abrüstungskonferenz der amerikanische Reiter. Wenn die Not am größten ist, ist Uncle Hoover am nächsten. Jwei seitgefahrene internationale Konferenzen, die in Genf und die in Lausanne, mit einem Ruck wieder stolt zu machen, ist gewiß keine Kleinigkeit. Und wenn man den sich streitenden Mächten gar noch die Spende des ewigen Weltfriedens verheißt, was will man mehr in dieser Zeit! Alle Rüstungen der Welt sollen um rund ein Drittel herabgezogen werden, manche Waffensysteme sollen überhaupt verschwinden — vor allem, versteht sich, die gefährlichen „Angriffswaffen“ —, kurzum: es soll nun endlich, scheint es, Ernst gemacht werden mit der Abrüstung. Es soll nicht mehr wieder nur von Abrüstung geredet, es soll nun der Friede ein Ende gesetzt und — sagt Herr Hoover — gehandelt werden.

Welcher ehrliche Friedensfreund könnte abseits stehen, wenn es um die Verwirklichung der Abrüstung geht, und sei es auch nur um die „begrenzte Abrüstung“? Wenn man den ganzen Bogen von Vorschlägen, den Herr Hoover den Genfer und Lausanner Herren unterbreiten ließ, durchsieht und da findet, wie nun Kriegsschiffe, Luftschiffe, Tanks, Kanonen, Soldaten usw. abgerüsstet werden sollen: wer möchte da nicht an die Erfüllung des alten sozialistischen Programms der Abrüstung denken? Ach, wir möchten es schon alle, und würde Herr Hoover tatsächlich dem organisierten Druck der internationalen Arbeiterbewegung nachgeben haben, so würden wir das nicht nur begrüßen, wir würden ihn so tatkräftig wie nur möglich unterstützen. Aber die Macht des internationalen Proletariats zeigt leider keine derartige Offensive an, die Herrn Hoovers Aktion hieraus erklären könnte, und in jedem Falle tun wir Sozialisten gut daran, Friedensgeschenke amerikanischer Staatspräsidenten nicht ohne gründliche Prüfung anzunehmen.

Leider bleibt bei einer solchen Prüfung nicht mehr viel von dem pazifistischen Nimbus übrig, um dessen Anerkennung Herr Hoover jetzt wirbt. Es ist ein fein ausgestaltetes System, das dieser ganzen Rechnung zugrunde liegt. Man kann es vielleicht auf folgende Formel bringen: es ist der Versuch, mit einem tüchtigen Stoß den Weg frei zu machen für die rationellste Form der Rüstung, für eine Form, die alle überflüssigen Militärausgaben, alle überflüssige Ausspeicherung von Mordwerken erspart, gleichzeitig aber alle möglichen militärischen Gegner in ihrer Angststrafe schwächt, die eigene amerikanische Wehrkraft jedoch stärkt und die überdies die Machtverhältnisse an den Punkten der Welt, vor allem Europas, zu verändern geeignet ist, an denen eine solche Veränderung in unmittelbaren Interesse des amerikanischen Imperialismus liegt. Das wäre nun seinesfalls die Abrüstung, die wir Sozialisten meinen und wünschen, und daß dem nun leider so ist, kann man den amerikanischen Vorschlägen ohne Mühe entnehmen.

Für die Abrüstungen wird vorgeschlagen die vollkommene Abschaffung der Tanks, der chemischen Kriegsführung, der schweren beweglichen Artillerie und einer Heraushebung der militärischen Streitkräfte. Das sind vornehmlich jede militärischen Kategorien, die der französische Militarismus stark halten muß aus den Gefangenbedingungen seiner Wehrfähigkeit heraus. Was nur jedoch Amerika betrifft, so hat es kein nachhaltiges Interesse an der Starthaltung dieser Rüstungsformen. Amerika braucht weder ein großes Landheer noch die hierfür nötige Bewaffnung, denn Landkriege auf dem amerikanischen Festland kommen nur gegen die ganz schwachen Mächte Mittel- oder Südamerikas in Frage. Je mehr die anderen Staaten, die ihre militärische Stärke in der Landwirtschaft hochhalten, in dieser Kategorie „abrüsten“, um so stärker wird dann die in der amerikanischen Gesamtwirtschaft mit ihren unermesslichen Chancen verankerter Wehrfähigkeit lebendig. Allen überflüssigen Ballast aber ist man los, und es ist ja schließlich auch bei dem heutigen Tempo in der Entwicklung der Kriegstechnik ganz „unproduktiv“, bei vorhandener Leistungsfähigkeit der Industrie-Angriffswaffen auf Stufen zu legen, die sich „im Ernstfalle“ schon als veraltet erweisen könnten. Die Stellung Amerikas in der Welt entspricht hier ungefähr der Position, die Deutschland im Rahmen der europäischen Wehrverhältnisse einnimmt. Auch Amerika kann von der Abrüstung der anderen nur an eigener Wehrfähigkeit gewinnen und auch dann gewinnen, wenn es bei sich die Abrüstung vollzieht, die es in Vorschlag bringt. Sogenannte sichtbare Landrüstung braucht Amerika in der Hauptrichtung als Schutz für seine industriellen Zentren gegenüber feindlichen Luftangriffen. Daß man die chemische Kriegsführung weder abschaffen noch verbieten kann, weiß Herr Hoover sicher so gut wie wir alle. Die Realisierung dieser Forderung würde also nur bedeuten, daß die Chancen der amerikanischen chemischen Industrie (die ja die stärkste der Welt ist!) gegenüber den Ländern noch verstärkt werden würden, die über eine solche starke chemische Industrie verfügen.

Aber sollen nicht alle Bombenflugzeuge abgeschafft werden? Gewiß, so schlägt es Herr Hoover vor. Nun kann man freilich in einer ganzen Bibliothek von Büchern der Militärs aller Länder nachlesen, daß eine solche Abschaffung der Bombenflugzeuge die Aufzähmung des Flugzeugs für den Luftkrieg von den vorhandenen Offensivwaffen der Bombenflugzeuge auf die möglichen Offensivwaffen der großen Verkehrsflugzeuge übertragen würde. Und auch da gerät dann wiederum der in den Vorteil, der über die stärkeren Verkehrsflugzeuge und die größere Leistungsfähigkeit seiner Luftfahrtindustrie verfügt. Die Realisierung auch dieses amerikanischen Vorschlags würde die französische militärische Stellung innerhalb Europas empfindlich treffen, die Amerikas aber auf Kosten Frankreichs innerhalb der Welt erhöhen.

Am lauersten zeigt sich Herrns Hoovers Plan hinsichtlich der Seerüstungen. Das ist jener Teil der „sichtbaren“ Rüstung, auf deren Aufrechterhaltung es Amerika in erster Linie ankommt. Da haben bekanntlich zwei Vorübungskonferenzen klug Vorbereitung geleistet. Auf der Washingtoner Konferenz von 1922 wurde die Rüstung der Seespielen, aber im modernen Seekrieg ziemlich wertlosen großen Schiffslästen beschlossen, und im Londoner Flottenvertrag holte sich Amerika die Parität zu England in den modernen Schiffskategorien. Beidesmal wurde Japan an die Wand gedrückt, aber an dem Londoner Handel machten die Franzosen (und auch die Italiener) nicht mehr mit. Auf der Basis dieses bestehenden Systems soll nun weiter „abgerüsstet“ werden. Die proportionalen Quoten zwischen Amerika, England und Japan sollen bestehen bleiben. Darüber hinaus sollen Frankreich und Italien den Beitritt zum Londoner Flottenvertrag abkommen, in der Weise vollziehen, wie es in dem Protokoll vom 28. Februar 1931 vorgesehen, aber nicht verwirklicht wurde. Das würde in der Praxis bedeuten, daß Frankreich seine Rüstungsfreiheit in den leichten Schiffskategorien einbüßt, während Amerikas Wehrfähigkeit zur See in keiner

Weise verliert, sondern durch die Verminderung der Seerüstung der anderen über die proportionalen Quoten hinaus nur gewinnen würde. Denn der amerikanische Vorschlag trifft hier nicht nur Frankreich, sondern auch Japan und mittleren England. Amerika hat an der Aufrechterhaltung seiner großen Unterseebootsflotte kein Interesse; es hat für sie keine rechte Bewertung und es unterhält sie bisher, weil auch „die anderen“ Unterseebootsflotten bestehen. Nun schlägt Amerika nicht rundweg die Abschaffung aller Unterseeboote vor (wie es sonst von England immer gefordert wird), sondern es begnügt sich mit einer Verminderung der U-Boot-Tonnage um ein Drittel und einer Begrenzung der Einzel-Tonnage auf 1200 Tonnen. Das würde praktisch die großen modernen japanischen und französischen U-Boote trennen, während der größere Teil der amerikanischen Unterseeboote über eine geringere Einzel-Tonnage verfügt.

Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß diesjenige Macht, die ganz empfindlich durch die Realisierung des neuen Hoover-Plans getroffen würde, nämlich Frankreich, an dem amerikanischen Rezept keinen Gefallen findet. Vielleicht sind leichtlich die Motive des französischen Generalstabs in der Ablehnung,

genau so ehrenwert wie die Amerikas in der Empfehlung. Aber daß die französische Ablehnung sich an die Logik der Wirklichkeit hält, läßt sich nicht bestreiten. Gewiß, wie Sozialisten werden uns nicht dagegen wehren, wenn „unproduktive“ Ausgaben in den Rüstungen eingeeignet werden sollen. Aber wir müßten uns vor der Illusion bewahren, daß das, was hier vorgeschlagen wird, Abrüstung sei, während es in Wirklichkeit nur ein Plan für die Vormachtstellung des amerikanischen Imperialismus ist. Wie gering im Augenblick die Realisierungsmöglichkeiten für den amerikanischen Plan sind, hat schon das erste französische Echo gezeigt. Auf die Gefahren, die sich hier für ungünstliche Operationen der deutschen Außenpolitik ergeben könnten, braucht nicht noch besonders aufmerksam gemacht zu werden. Es wird jedoch bei dieser neuen Hoover-Aktion abermals sichtbar, wie eine Vereinigung der internationalen Atmosphäre nur möglich ist bei einer ehrlichen deutsch-französischen Verständigung, also nicht in der Fassung, wie sie sich Herr von Papen vorstellt.

Doch mit neuen Abrüstungsvorschlägen nicht neue Gefahren entstehen, wird vor allem von der Wachsamkeit der internationalen Arbeiterbewegung abhängen. Auch darum geht es im deutschen Wahlkampf.

# Schritt gefaßt — Die Eiserne Front marschiert!

## Sonntag vormittag Massendemonstration

### Bersteifung in Lausanne

#### v. Papen wird schneidig

SPD Lausanne, 28. Juni.

Zu Lausanne ist eine Bersteifung der Situation eingetreten. Reichsanzler von Papen war nach Abschluß der Sitzung mit der französischen Delegation sehr gereizt. Offenbar hatte man ihn in Berlin aufgeputzt. Seine Sprache in der Sitzung war gegenüber den Franzosen prahlend, so daß Herrlot sich veranlaßt sah, im Namen Frankreichs Verwahrung einzulegen.

Aus den wenigen Stichworten, die der Kanzler der deutschen Presse abgelegt hielt, geht seine brüllende Abwendung von seiner bisherigen konzilianten Haltung klar hervor. Er erklärte, er habe nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Konferenz die unerhörte Chance habe, die Trümmere des Nachkriegs wieder gut zu machen. Das System der Reparationen müsse verschwinden. Die deutsche Regierung werde keine Unterschrift mehr leisten, von der sie heute schon überzeugt sei, sie nicht einhalten zu können. Dafür habe er die Ausführungen des Finanzministers über das Programm des europäischen Wiederaufbaus scharf unterstrichen. Bei diesem Wiederaufbau werde das deutsch-französische Verhältnis eine ganz besondere Rolle spielen: Auerst müsse aber das Vertrauen in der Welt wieder hergestellt werden und dies sei in erster Linie die Aufgabe der Siegermächte.

Von der heute stattfindenden Aussprache zwischen Deutschland, Frankreich, England und Italien wird es abhängen, ob die für Mittwoch angekündigte deutsch-französische Beratung das leise Wort Frankreichs oder noch irgendeinen positiven Ausweg bringen wird.

Herrlot erklärte in der Besprechung noch einmal, warum er den französischen Standpunkt voll aufrecht erhalten müsse. Frankreich sei nicht in der Lage, eine vollkommenen Streichung der Reparationen ins Auge zu fassen und müsse sich vorbehalten, seine Meinung zu den in der Sitzung ausgeführten deutschen Aufbauvorschlägen zu einem späteren Zeitpunkt festzustellen.

### Das Urteil im Eflare-Prozeß

#### Re 4 Jahre Zuchthaus für Leo und Willi Eflare

TU Berlin, 28. Juni.

Am Dienstag, dem 123. Verhandlungstag, pünktlich 11 Uhr vormittags verlündete die große Strafammer beim Landgericht I unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Rehner das Urteil im Eflare-Prozeß.

Es wurden verurteilt:

Leo und Willi Eflare wegen Betruges zum Teil in Tatscheinheit mit schwerer Urkundenfälschung und wegen Beleidigung in weiteren acht Fällen, unter Freispruch von der Anklage des Konkursverbrechens und des Konkursvergehens und der Anstiftung der schweren Untreue zu je 4 Jahren Zuchthaus.

Stadtbaudirektor Schmidt wegen schwerer passiver Bestechung zu vier Monaten Gefängnis,

Stadtbaudirektor Hoffmann wegen schwerer passiver Bestechung zu drei Monaten Gefängnis,

Bürgermeister Scholz wegen schwerer passiver Bestechung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis,

Stadtrat Schneide wegen schwerer passiver Bestechung zu vier Monaten Gefängnis,

Stadtrat Gabel wegen schwerer passiver Bestechung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis,

Stadtrat Degener wegen schwerer passiver Bestechung zu 6 Monaten Gefängnis,

Stadtamt Salosowksi wegen schwerer passiver Bestechung und schwerer Untreue in zwei Fällen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis,

Buchhalter Lehmann wegen Beihilfe zum Betrug und schwerer Urkundenfälschung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis,

Buchhalter Tuch wegen Beihilfe zum Betrug zu 6 Monaten Gefängnis,

Kaufmann Budding wegen schwerer passiver Bestechung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

#### Borsteifung vor dem Abbruch?

SPD Paris, 28. Juni.

Der gestrige Tag der Lausanner Konferenz wird von der Pariser Presse als ein sehr unangenehmes Datum in der Geschichte der deutsch-französischen Reparationsverhandlungen bezeichnet. Auf Grund der Ausschreibungen des Reichsfinanzministers und des Reichsanzlers halten mehrere Zeitungen es nicht mehr für wahrscheinlich, daß eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich zustande kommt.

Berlin meldet dem Echo de Paris um 1 Uhr morgens, daß auch die Verhandlungen, die Herrlot und von Papen in der Nacht mit Macdonald hatten, nicht den Zweck verfehlt hätten, der über den Ausgang der Konferenz bestehet. Macdonald werde seine Einigungsbemühungen heute fortführen, aber es sei zweifelhaft, daß er die deutsche Delegation zum Nachgeben veranlassen könne und daß er sich selbst vollkommen mit Herrlot einige. Aus den energischen Worten, die Herrlot am Schlus der deutsch-französischen Beratungen ausgesprochen habe, dürfe man schließen, daß der Ministerpräsident, wenn er die französischen Mindestforderungen nicht durchdringen könnte, die Verhandlungen abbrechen werde. Die Deutschen seien anscheinend ihresatz auch zum Abbruch entschlossen, wenn die französische Regierung auf der Bezahlung einer Schluzsumme bestehen bleibe.

Der Chefredakteur des Matin erklärt in einer Lausanner Meldung, die Beratung am Montag habe alle Hoffnungen für eine Annäherung zwischen den beiden hauptsächlichen Partnern zu nichts gemacht. „Was bieten Sie uns an?“ habe Germain-Matin den Reichsanzler am letzten Freitag gefragt. Der Reichsanzler habe den Sonnabend und Sonntag in Berlin verbracht und nach seiner Rückkehr Frankreich weniger als nichts für die Streichung der Reparationen angeboten. Man habe sogar den Eindruck gehabt, daß der Kanzler, wenn er noch einmal nach Berlin fahre, bei seiner Rückkehr von Frankreich noch etwas fordern würde.

Der Berichterstatter des Excelsior meldet, daß sich seit voriger Woche die Sitzung Deutschlands vollkommen geändert habe. Es habe eine Rückzugsbewegung ausgeführt, mit der die Reise von Papens nach Berlin in Zusammenhang steht. In einer Lausanner Meldung des Petit Paris wird im Hinblick auf die Ansicht des Reichsfinanzministers der Reichsbank große Schwierigkeiten gemacht und jede weitere Zahlung von Reparationen ausgeschlossen. Macdonald aufgefordert, er möge doch anregen, daß die Privatschuldner gleichfalls ein Opfer bringen. Wenn Deutschland, um den Bankrott zu vermeiden, sich mit seinen Gläubigern zu verständigen wünsche, so sei es ganz natürlich, von ihm zu verlangen, daß es im gleichen Maße mit allen Gläubigern, den privaten und den politischen, ein Kompromiß suche.

### Gahls Stunde ist noch nicht gekommen

#### Beschwerde des Parteivorstandes gegen SA-Terror

SPD Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Parteivorstandes Crispin, Dittmann, Vogel und Stämpfer sprachen am Montagabend beim Reichsinnenminister von Gahl, um ihm die Beschwerde über den Terror der SA, die in dem Brief des Parteivorstandes an den Reichspräsidenten erhoben wurde, im einzelnen vorzutragen. Sie überreichten dem Minister zwei umfangreiche Mappen, in denen terroristische Handlungen der Nationalsozialisten in sehr zahlreichen Fällen einwandfrei nachgewiesen werden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Fälle, die sich nach der Auflösung der SA-Verbote ereignet haben. Der Minister sagte die Brüder des Materials zu.

Im Falle des Angriffs auf das „Vomwärts“-Gebäude konnten sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei auf ein nationalsozialistisches Flugblatt berufen, aus dem klar hervorgeht, daß die Nationalsozialisten die Angreifer waren. Schließlich stellten sie den Minister vor die präzise Frage, ob er die im Brief des Reichspräsidenten umschriebenen Voraussetzungen für ein „Vorgehen mit allen versetzungsfähigen Mitteln“ gegen solche Ausschreitungen als gegeben betrachte. Der Minister erwiderte, daß dies noch nicht der Fall sei.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei erklärten zum Schluß der Unterredung, die etwas über eine Stunde dauerte, daß ein weiteres Duldern des uniformierten Terrors der SA zu Folgen führen drohe, für die niemand die Verantwortung übernehmen könne.

## Auslagenachricht für die B3

Die "Germania" wirft den Ball zurück

SPD Die Reichsregierung hat der "B. 3. am Mittag" am Montag eine Auslage-Nachricht zugehen lassen, in der die "sensationelle Aufmachung" und angeblich mißverständliche Wiedergabe der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten getadelt und dem Blatt eine Beunruhigung der Bevölkerung zur Last gelegt wird. In dieser Auslage-Nachricht heißt es u. a.:

"In einer Zeit, in der die für Deutschland lebenswichtigen außenpolitischen Verhandlungen ein Zukunftstreffer aller inner-politischen Gegenseite fordern, ist es besondere Pflicht der verantwortungsbewußten Presse, ihre Veröffentlichungen jedes sensationellen Charakters zu entkräften, der unter Entstellung der Tatsachen zu einer Verschärfung der Gegenseite führen muß."

Dazu schreibt die Berliner "Germania": "Diese Mahnung an die Presse ist zugleich, wie jeder empfinden wird, eine zwar ungemein, aber sehr wirksame Selbstanklage des Reichskabinetts, der wir uns rektlos und aus voller Überzeugung anschleben können. Es genügt, einige Worte zu ändern, um diese Auslage mit voller Wucht gegen die Reichsregierung selbst zu wenden. Man würde unter Benutzung des obigen Teiles etwa sagen:

"In einer Zeit, in der die für Deutschland lebenswichtigen außenpolitischen Verhandlungen ein Zukunftstreffer aller inner-politischen Gegenseite fordern, ist es besondere Pflicht der verantwortungsbewußten Reichsregierung, ihre Maßnahmen jedes gefährlichen Charakters zu entkräften, der unter Mißachtung der Tatsachen zu einer Verschärfung der Gegenseite führen muß."

Dies scheint uns allerdings ein selbstverständlicher politischer Grundsatz zu sein, den die Reichsregierung — von ihr selbst formuliert — mindestens ebenso sehr zu beachten hat, wie sie es von der Presse verlangt. Es ist deshalb großes Geheimnis des neuen Staatskunst: daß und warum sie ausgerechnet während der als "lebenswichtig" bezeichneten außenpolitischen Verhandlungen durch überstürzte und verfehlte Maßnahmen das deutsche Volk in diesen inneren Wirken hundertgleichen gebracht hat.

Das rheinische Zentrumsorgan, die "Kölnische Volkszeitung", hat das Papen-Interview mit dem Chefstaatssekretär des "Matin" einer scharfen Kritik unterzogen. Die Schärfe ist v. Papen und anderen Herren des Kabinetts der Nazi-Barone so schwer in die Glieder gefahren, daß sie auf Rache bedacht sind. Die Art der Berichterstattung des rheinischen Blattes sei ein "geradezu beispieloser Versuch", dem Reichsangler in den Rücken zu fallen. Die Reichsregierung werde deshalb "geeignete Maßnahmen" gegen die "Kölnische Volkszeitung" ergreifen.

Man muß über die Empfindlichkeit der Nazi-Barone und ihrer Umgebung lauschen. Solange Ruhe in Genf und anderswo vorherrsche, verging kein Tag, ohne daß unsere nationale Presse nicht mindestens einen Dolchstoß losließ.

Die Kölnische Volkszeitung wendet sich am Dienstag früh mit billiger Ironie gegen die Regierung, die die Kritik des Kölner Zentrums-Organis als "geradezu beispiellos" bezeichnet hat. "Die Reichsregierung", so sagt die Kölnische Volkszeitung, "hat anständigen lassen, sie werde geeignete Maßnahmen gegen die Kölnische Volkszeitung ergreifen. Wir wissen nicht, worin diese Maßnahmen bestehen, können aber ruhig abwarten, ob es in der Absicht der Regierung steht, die wirklich nationale Kritik mundtot zu machen. Diese Maßnahme müßte dann ja auch auf andere Blätter ausgedehnt werden, die innerpolitisch mit Herrn von Papen im gleichen Schritt und Tritt marschieren, aber keine außenpol. tischen Seiten sprüngt (diese Bezeichnung stammt von der "Deutschen Tageszeitung") kritisieren. Es bleibt dann auch nur noch die engere Regierungspresse übrig, die früher dauernd auf der Suche nach nationalen Sünden Beelings war. Aber jemehr die Regierungspresse schweigt, um so lauter muß die nationale Presse ihre Stimme erheben, wo sie Gefahr für Deutschland befürchten muß."

## Strasser erwacht

Wird der Überwachungsausschuss einberufen?

SPD Auf das Verlangen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach Einberufung des Überwachungsausschusses hat sich der Vorsitzende, der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Strasser, endlich zu einer Antwort an den Abgeordneten Dr. Herz bequemt.

To diesem Brief teilt Strasser mit, daß er sich auf Grund des sozialdemokratischen Schreibens mit den übrigen Mitgliedern des Ausschusses ins Benehmen gesetzt habe, "da nach den mir vorliegenden Anträgen auf Einberufung des Ausschusses eine Mehrheit noch nicht vorzuliegen scheint". Nach Erhalt der Stellungnahme der anderen Mitglieder des Überwachungsausschusses werde er weitere Mitteilungen zugehen lassen.

Da außer den Sozialdemokraten auch die Kommunisten, das Zentrum und die Standspartei die Einberufung des Ausschusses verlangt haben, so ist die Behauptung des Herrn Strasser, daß eine Mehrheit für die Einberufung noch nicht vorhanden sei, sachlich falsch. Die genannten Parteien vertreten etwa 300 Abgeordnete, also mehr als die Hälfte.

## Ab 16. Juli Salzsteuer

WTB Berlin, 27. Juni.

Unter Mitteilung des Reichsfinanzministeriums tritt die Salzsteuer am 16. Juli d. J. in Kraft. Sie nimmt 12 Reichspfennig für ein Kilogramm und wird beim Salzwerk erhoben. Steuerpflichtig ist nur das Speisegas, Salz zu gewerblichen Zwecken, wie z. B. Salz, steuerfrei, in der Regel nach zuvoriger Denaturierung. Für Ausfuhr bestimmtes Salz ist ebenfalls von der Steuer befreit.

Für das am 16. Juli d. J. außerhalb der Salzwerke vorhandene Salz ist eine Nachzahlung vorgesehen. Von der Anmeldung, die bis zum 28. Juli d. J. zu erstatte ist, sind nur die freie Salzhändler, wenn sie nicht mehr als vier Zentner, und andere Personen, also Privathaushaltungen, Gastwirtschaften, Kantinen, industrielle Betriebe usw., wenn sie nicht mehr als einen Zentner Salz im Besitz haben.

Das Calmette-Urteil. Das Calmette-Urteil, das 216 Seiten stark ist, ist jetzt den Anwälten der am Calmette-Prozeß beteiligten Parteien zugegangen. Die Ausarbeitung des Urteils hat nicht Monate gedauert.

**Das ganze Haus macht mit...**



Die Arbeitsfrau sagt sorgenvoller:  
Wie kommt ich aus? Wo zieh' ich's her?

## Hindenburgs Antwort an Bayern

Der Reichspräsident hat aus das Schreiben der bayrischen Regierung wegen der Differenzen mit dem Reichskabinett eine Antwort erließt. Hindenburg verläßt in seinem Brief, die zwischen Berlin und München bestehenden Gegensätze zu mildern und steht sich darauf, daß die weitere Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Uniformitätsaggregates und des Demonstrationsverbotes in erster Linie von den Entscheidungen der Reichsregierung abhänge.

Demgegenüber ist darauf zu verweisen, daß diese Beschlüsse nicht wirksam werden können, wenn der Reichspräsident der beabsichtigten Notverordnung seine Unterschrift veragt.

Der Reichsminister des Innern empfing am Montagnachmittag die stimmlösenden Bevollmächtigten zum Reichsrat zu einer Besprechung der innerpolitischen Lage und der bevorstehenden Ergänzung-Notverordnung, die die Demonstrationen- und Uniformverbote, vorbehaltlich einzelner, zeitlich und räumlich begrenzter Ausnahmen, allgemein beseitigen soll.

## Länderregierungen beraten unter sich

Amtlich wird mitgeteilt: Die größte Zahl der leitenden Länderräte ist am Montag, dem 27. Juni, auf Einladung Preußens in Berlin zusammengetreten, um politische Fragen von besonderer Bedeutung zu erörtern. Die Konferenz ergab eine erfreuliche volle Vereinstimmung der Erhöhten. Weitere Sitzungen gleicher Art sind von Fall zu Fall, je nach Bedarf, in Aussicht genommen.

Die Besprechung hat, wie es auf der Hand liegt, dem Kontakt zwischen dem Reich und den einzelnen Ländern\*

regierungen gegolten. Sie hatte vor allem den Zweck, eine gemeinsame Aktionsbasis für den Fall zu schaffen, daß die Reichsregierung in die Polizeigewalt der Länder eingreift und ihnen dadurch die Möglichkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nimmt. Die Handlungen dieser Regierung der Nazi-Barone, die kaum noch Herr ihrer selbst ist und unter ständigem Druck der Hitler-Partei steht, müssen mit höchstem Misstrauen verfolgt werden. Insosfern begrüßen wir es, daß die Länderregierungen sich entschlossen haben, sobald es notwendig erscheint, wieder gemeinsam zu beraten, um gemeinsam in Aktion treten zu können.

Die Länder, in denen Naziregierungen vorhanden sind, waren selbstverständlich nicht zu der Besprechung eingeladen.

## Nazi-Wagner sabotiert

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Adolf Wagner hat an den Präsidenten der bayrischen Staatschuldenverwaltung in München ein Schreiben gerichtet, wonach er seine gegebene Ermächtigung zur Benutzung des Faksimile seiner Unterschrift für die Zwecke der bayrischen Staatschuldenverwaltung zurückziehe. Eine Unterschriftleistung sei von ihm bis auf weiteres nicht mehr zu erwarten, und zwar so lange, als er vom Präsidenten des bayrischen Landtages "gewaltsam verhindert werde, seine Rechte und Pflichten als Abgeordneter auszuüben."

In der Begründung zu seinem Schreiben macht Wagner darauf aufmerksam, daß die Schulverpflichtungen des Staates die Unterschriften der Landtagskommissionen tragen müßten, um rechtzeitig zu sein. Von großer Bedeutung werde die Lage aber dann, wenn es sich um die Abdeckung von Auslandsverpflichtungen handle. Der Bayrische Volkspartei werde zeigen müssen, wie sie die Schwierigkeiten, die durch ihre Schulden entstanden seien, meistere. Wagner hebt noch hervor, daß die einmal gestellten Kommissionen für die Dauer des gegenwärtigen Landtags unabsehbar seien.

## Der schleichende Bürgerkrieg

### Wieder SA-Krawalle in Berlin

SPD Berlin, 28. Juni.

In Berlin wurde auch in den letzten 24 Stunden der Straßenkrieg der SA-Truppen fortgesetzt. In den meisten Fällen gelang es jedoch der Polizei, die angreifenden Hakenkreuzler festzunehmen, bevor es zu schweren blutigen Auseinandersetzungen kommen konnte.

Im Berliner Norden versuchte eine größere SA-Schwarzeaktionisten in ein Hotel einzudringen. Bei dem Handgemenge erlitten zwei Sozialdemokraten Verletzungen, so daß sie auf der nächsten Rettungsstelle behandelt werden mußten. Die Mehrzahl der Angreifer konnte festgenommen werden. — In Neukölln wurden von den Nazis die Festscheiben des sozialdemokratischen Parteibüros eingeworfen. — In Steglitz kam es zu einer Schlägerei zwischen Nazis und Kommunisten. Als mehrere SA-Kräfte zwangsgestellt werden sollten, versuchten SA-Leute ihren Kumpeln zur Flucht zu verhelfen. Einer der Burschen, der die Beamten in ihrer Amtshandlung behindert hatte, wurde festgenommen. Ein SA-Trupp stürmte in Steglitz ein früheres KPD-Berlehrlokal, Mühlers Schauspieltheater und die Kantine des Restaurants gingen in Trümmer. Ein Teilnehmer an diesem "Rache-Feldzug" wurde verhaftet.

### NS überfallen Arbeiterviertel

SPD Braunschweig, 28. Juni.

Die Braunschweiger Nationalsozialisten versuchten am Montagnachmittag einen Sturm auf zwei Arbeiterviertel, die an der Peripherie der Stadt liegen und Belfort genannt werden. Sie waren Fensterscheiben ein und mißhandelten Passanten. Die dort eingeliefert.

wohnende Arbeiterbevölkerung sammelte sich schnell zusammen. Als ein Eisenbahnnzug der Landesbahn nahte und eine Eisenbahnbrücke geschlossen werden mußte, fanden die Nationalsozialisten den Weg in die Stadt verpixt, führten sich plötzlich unicht und flüchteten in das Bahnhofsgebäude und auf die Abort. Sie rissen die Braunschweiger Polizei, die dann mit mehreren Lieferwagen kam und die Nationalsozialisten zwischen zwei Wagen sicher nach Hause geleitete. Aus dem Bahnhofsgebäude wurde von den Nationalsozialisten mehrfach geschossen. Drei Arbeiter erhielten schwere Verletzungen. Einem Nationalsozialisten konnte eine Waffe abgenommen werden.

### Kommunistischer Arbeiter erschossen

WTB Böhmiens, 27. Juni.

In der Nähe des Bahnhofs wurde in der vergangenen Nacht der kommunistische Arbeiter Klaus von politischen Gegnern erschossen. Heute morgen wurde ein Nationalsozialist in Uniform von den Brüdern des Erschössenen angehalten. Der Nationalsozialist zog seine Revolver und legte auf seine Wideracher an. Als die Waffe versagte, versuchte er zu fliehen, doch wurde er von Straßenpassanten eingeholt und der Polizei übergeben.

WTB Stuttgart, 27. Juni.

In der Nacht zum Montag wurde ein Nationalsozialist, der mit Parteigenossen auf dem Schlesischen Palmenwald die dort bei einem Schützenfest übriggebliebenen Wälle zu bewachen hatte, aus einem Gebäude von hinten angegriffen. Der Verletzte wurde mit einer schweren Wirbelsäulenverletzung ins Krankenhaus gebracht.

### Eine belgische Denkschrift

#### Pläne zur Kreditbeschaffung

Reichswirtschaftsminister Warthold äußerte sich vor Pressevertretern hinsichtlich der Verhandlungen mit der belgischen Delegation, daß Belgien eine Denkschrift habe überreichen lassen, die zwei Gründe für die Weltkrise in den Vordergrund stellt: die zwischenstaatliche Verschuldung und das Fehlen jedes Vertrauens. Daraufhin würden Vorschläge entwickelt, wie Deutschland Kredit und Devisen verschaffen werden könnten. Zur Unterlage lössten die öffentlichen Versorgungsbetriebe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, dienen. Nach dem Beispiel der Berliner Verkehrsgesellschaft könne dann eine große Gesellschaft aller öffentlichen Versorgungsbetriebe als Kreditgeber gebildet werden. Ein Teil der Aktien dieser Gesellschaft könne gegen Devisen an das Ausland abgegeben werden. Die Devisen könnten an die Reichsbank abgeliefert werden. Der Rest der Aktien könnte wiederum als Grundlage für neue Devisenleihen verwandt werden.

Im zweiten Teil behandelte der belgische Vorschlag die Hilfe für andere kreditbedürftige Länder. Man denkt sich die Kreditbeschaffung beispielhaft für Südeuropa so, daß gewisse Länder mit großen Goldvorräten Teile ihrer Vorräte für einen gemeinsamen Fonds zur Verfügung stellen. Dieser Fonds solle von der WZB verwaltet werden, die Zertifikate ausstellen könnte als Kreditunterlage. Diese Zertifikate müßten den Regierungen übergeben werden, die sie wiederum den Notenbanken als Deckung überweisen könnten. Daron sei allerdings die Bedingung gestellt, daß die wirtschaftliche und soziale Lage dieser Länder nach den Vorschlägen verbessert werden müßten.

Im dritten Teil des Vorschlags würden Reformen zur Verbesserung des Warenaustauschs vorgeschlagen. Dafür seien Gruppenverträge, vorgelegten zwischen Ländern, die allerdings gegen das Weltbelebungsgesetz verstößen würden. Es werde jedoch ein Weg vorgeschlagen, wie man diese Schwierigkeiten überwinden könne.

### Kerls Retourkutsche

Auf das Protestschreiben des Staatspräsidenten Dr. Adenauer an den Landtagspräsidenten Kerl hat dieser jetzt mit einem Brief geantwortet, in dem er schreibt: Wenn ich in meinem Schreiben an denstellvertretenden Herrn preußischen Ministerpräsidenten mich als den "einzigen legitimierten Vertreter des Dreier-Ausschusses" bezeichnete, so war das selbstverständlich nur für den vorliegenden Fall gemeint, weil es sich um die Regierungsbildung handelte, die nur — so war ja auch die Meinung des Herrn Reichslandrats — durch den Landtagspräsidenten in Flug gebracht werden konnte und die eine Berufung des Dreier-Ausschusses in diesem Fall durch mich zur Folge haben konnte. Im übrigen stimme ich durchaus Ihrer Meinung zu, daß die Mitglieder des Dreier-Ausschusses nebeneinander gleichberechtigt sind und jeder von sich aus den Zusammenschluß des Ausschusses verlangen kann.

### Der Zollkonflikt in der Mandchurie

WTB Tsching, 27. Juni.

Der japanische Kommissar des Sezessionsamtes in Tsching, Fukumoto, der seines Amtes entsezt worden war, weil er sich dem Befehl des Generalinspektors der chinesischen Seesölle, die Zoll-Einnahmen von Tsching nach Shanghai abzuführen, widersetzt hatte, ist jetzt von der mandchurischen Regierung zum Zollkommissar von Tsching ernannt worden. Fukumoto soll die Wicht haben, die vereinbarten Zölle der mandchurischen Regierung zur Verfügung zu stellen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Georg Richter in Leipzig. Verantwortlich für den Verkaufs- und Vertriebs-Teil: Hugo Seppenbach in Leipzig. Druck und Verlag: Reichenberg Verlagsgesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



**Neues Theater.**

Kugelstabspiel Dienstag, den 28. Juni 1932, 20 Uhr  
85. Kriegsspiels-Vorstellung (5. Folge, dian)  
**Samson und Dalila**  
Oper in 3 Akten (4 Bildern) von Camille Saint-Saëns. Direktion von Ferdinand Lemaire  
Bühne: Ein alter Tempel von Richard Vogt  
Musikalische Leitung: Alexander Remiet  
Szenen gesetzt von Heinz Hoffmann  
Personen: Dalila (Käte Nörmel); Samson (E. Neubert); Der Oberpriester des Dogon (Walter Zimmer); Abimelech; Satrap von Gaza (Otto Schumann); Ein alter Hebräer (G. Müller); Ein Sohn der Philister (A. Stellwag); Erster, zweiter Philister (Paul Behnert, Alfred Höhner); Der Schamblig ist Gao in Palästina  
Zeit: 1150 vor Chr.  
Verkommene Tänze und einstudierte von Erma Löwenbrodt, ausführlich von den Sozioliteraturen Suze Uteri. Allein Sichter nach 14 Längenminuten und 3 Tänzerin.

Eintritt 10% Uhr, Anfang 20 Uhr, Ende 22% Uhr  
Ende 19% Uhr, Anfang 20 Uhr, Ende 22% Uhr  
Tänze der Blüte 70 Pf., bis 7. Mit.  
Verlängerte Auftrittsstunden können eingetauscht werden.

Mittwoch, den 29. Juni, 20 Uhr, 97. Kriegsspiels-Vorstellung (5. Folge, grün): Salome, Donnerstag, den 30. Juni, 20 Uhr: 98. Kriegsspiels-Vorstellung (5. Folge, gelb): Riedermeier vom.

**Vorberichtiges:**

Montag, den 4. Juli, 18 Uhr  
Eröffnung auf der 90/110 m Freilichtbühne Die Hoffnungsschachtel

Ein Spiel ohne Souffleur unter Mitwirkung der Schaff - ausgenommen der Hoffnungsschachtel der Wissenschaftsgesellschaft des Groß-Augsburgischen

**Schauspielhaus.**

Großtheater, 17/19. Tel. 3005732111  
Dienstag, den 28. Juni 1932, 19% Uhr  
Bericht der Nachrichten vom Wändchen

**Hier ist Goethe**

Utopistische Söhne mit Gefang und Taxis in drei Akten. Text: Kurt E. Henne, Helmuth Adenauer, Bobbi Todd - Musik: Kurt E. Henne, Ernst Norbert, Bobbi Todd - Regie: Bobbi Todd Personen: Napoleon Bonaparte, ein Kaiser (Helmut Langer); Ernst August von Sachsen-Weimar (Hermann Prell); Hofmarschall v. Hald (Walter Almendr); Jodocus v. Stein, Oberstaatssekretär (Helmuth Adenauer); Charlotte v. Stein, seine Frau (Edith Anders); Johanna Wolfgang Goethe, Mästlin (Kurt E. Henne); Conte Giacomo Gaetano (Bobbi Todd); Doffen Verstrauer (Waldemar Lülfeldt); Emil Ludwig Wiermann, Biograph (Wenz Dreher); Luise von Weichsau, Malibonne (Greta Spöbel); Kleiberle v. Löwitz (Grete Molkenauer); Frieder Schiller, Militärarzt (Horst Berger); Der Wirt von der Post (Walter Bindel); Ein Kaufmann (Helmut Langer).

Solosang: Gertrud Buché

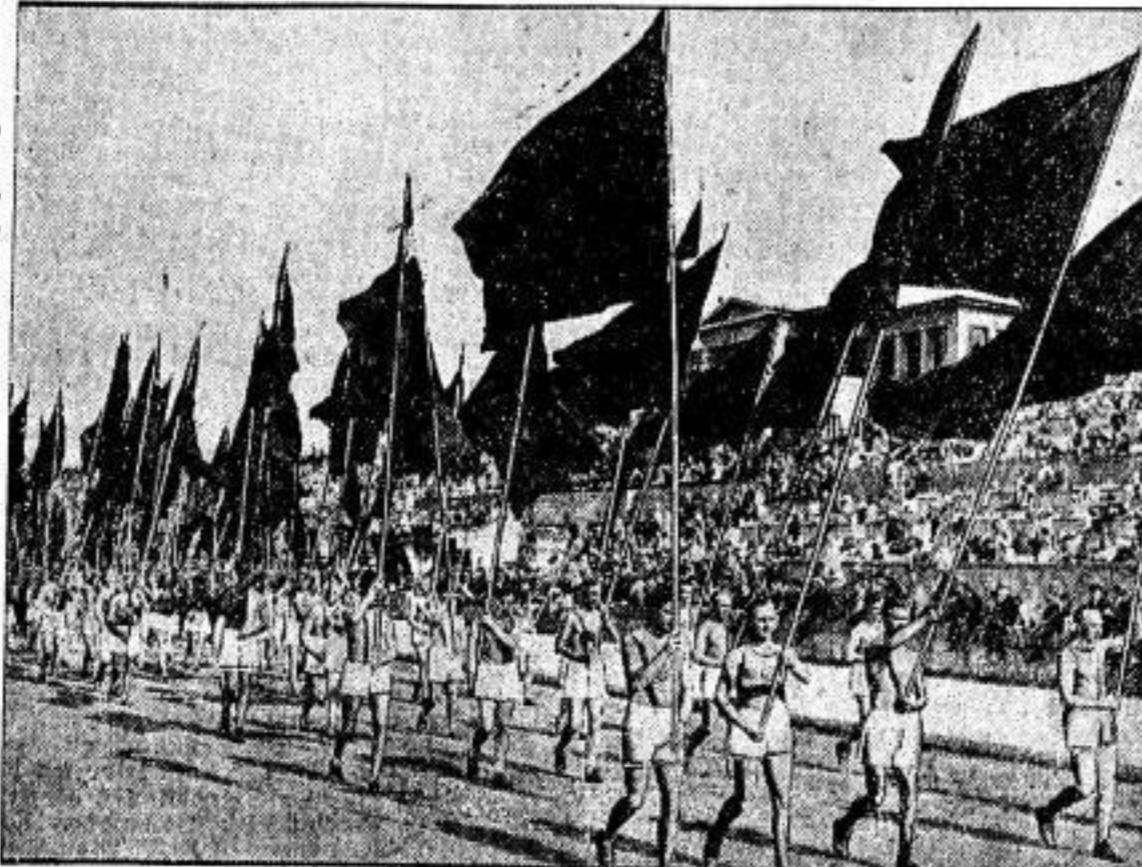
Landbeute, Damen und Herren vom Land, Salaten Seit: Vor über 100 Jahren in Ort: Düsseldorf 1. Mitt: Ballstiln unweit Bergkunz 2. Mitt: Großer Empfangssaal im Schloss Elsterwerda 3. Mitt: Terrasse vor dem Schloss

**Tournee-Festspiel:**

Ernst Hoffmann-Ulfried-Berolina, Berlin  
Von der Würde: 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51., 52., 53., 54., 55., 56., 57., 58., 59., 60., 61., 62., 63., 64., 65., 66., 67., 68., 69., 70., 71., 72., 73., 74., 75., 76., 77., 78., 79., 80., 81., 82., 83., 84., 85., 86., 87., 88., 89., 90., 91., 92., 93., 94., 95., 96., 97., 98., 99., 100., 101., 102., 103., 104., 105., 106., 107., 108., 109., 110., 111., 112., 113., 114., 115., 116., 117., 118., 119., 120., 121., 122., 123., 124., 125., 126., 127., 128., 129., 130., 131., 132., 133., 134., 135., 136., 137., 138., 139., 140., 141., 142., 143., 144., 145., 146., 147., 148., 149., 150., 151., 152., 153., 154., 155., 156., 157., 158., 159., 160., 161., 162., 163., 164., 165., 166., 167., 168., 169., 170., 171., 172., 173., 174., 175., 176., 177., 178., 179., 180., 181., 182., 183., 184., 185., 186., 187., 188., 189., 190., 191., 192., 193., 194., 195., 196., 197., 198., 199., 200., 201., 202., 203., 204., 205., 206., 207., 208., 209., 210., 211., 212., 213., 214., 215., 216., 217., 218., 219., 220., 221., 222., 223., 224., 225., 226., 227., 228., 229., 230., 231., 232., 233., 234., 235., 236., 237., 238., 239., 240., 241., 242., 243., 244., 245., 246., 247., 248., 249., 250., 251., 252., 253., 254., 255., 256., 257., 258., 259., 260., 261., 262., 263., 264., 265., 266., 267., 268., 269., 270., 271., 272., 273., 274., 275., 276., 277., 278., 279., 280., 281., 282., 283., 284., 285., 286., 287., 288., 289., 290., 291., 292., 293., 294., 295., 296., 297., 298., 299., 300., 301., 302., 303., 304., 305., 306., 307., 308., 309., 310., 311., 312., 313., 314., 315., 316., 317., 318., 319., 320., 321., 322., 323., 324., 325., 326., 327., 328., 329., 330., 331., 332., 333., 334., 335., 336., 337., 338., 339., 340., 341., 342., 343., 344., 345., 346., 347., 348., 349., 350., 351., 352., 353., 354., 355., 356., 357., 358., 359., 360., 361., 362., 363., 364., 365., 366., 367., 368., 369., 370., 371., 372., 373., 374., 375., 376., 377., 378., 379., 380., 381., 382., 383., 384., 385., 386., 387., 388., 389., 390., 391., 392., 393., 394., 395., 396., 397., 398., 399., 400., 401., 402., 403., 404., 405., 406., 407., 408., 409., 410., 411., 412., 413., 414., 415., 416., 417., 418., 419., 420., 421., 422., 423., 424., 425., 426., 427., 428., 429., 430., 431., 432., 433., 434., 435., 436., 437., 438., 439., 440., 441., 442., 443., 444., 445., 446., 447., 448., 449., 450., 451., 452., 453., 454., 455., 456., 457., 458., 459., 460., 461., 462., 463., 464., 465., 466., 467., 468., 469., 470., 471., 472., 473., 474., 475., 476., 477., 478., 479., 480., 481., 482., 483., 484., 485., 486., 487., 488., 489., 490., 491., 492., 493., 494., 495., 496., 497., 498., 499., 500., 501., 502., 503., 504., 505., 506., 507., 508., 509., 510., 511., 512., 513., 514., 515., 516., 517., 518., 519., 520., 521., 522., 523., 524., 525., 526., 527., 528., 529., 530., 531., 532., 533., 534., 535., 536., 537., 538., 539., 540., 541., 542., 543., 544., 545., 546., 547., 548., 549., 550., 551., 552., 553., 554., 555., 556., 557., 558., 559., 5510., 5511., 5512., 5513., 5514., 5515., 5516., 5517., 5518., 5519., 5520., 5521., 5522., 5523., 5524., 5525., 5526., 5527., 5528., 5529., 5530., 5531., 5532., 5533., 5534., 5535., 5536., 5537., 5538., 5539., 5540., 5541., 5542., 5543., 5544., 5545., 5546., 5547., 5548., 5549., 5550., 5551., 5552., 5553., 5554., 5555., 5556., 5557., 5558., 5559., 55510., 55511., 55512., 55513., 55514., 55515., 55516., 55517., 55518., 55519., 55520., 55521., 55522., 55523., 55524., 55525., 55526., 55527., 55528., 55529., 55530., 55531., 55532., 55533., 55534., 55535., 55536., 55537., 55538., 55539., 55540., 55541., 55542., 55543., 55544., 55545., 55546., 55547., 55548., 55549., 55550., 55551., 55552., 55553., 55554., 55555., 55556., 55557., 55558., 55559., 55560., 55561., 55562., 55563., 55564., 55565., 55566., 55567., 55568., 55569., 55570., 55571., 55572., 55573., 55574., 55575., 55576., 55577., 55578., 55579., 55580., 55581., 55582., 55583., 55584., 55585., 55586., 55587., 55588., 55589., 55590., 55591., 55592., 55593., 55594., 55595., 55596., 55597., 55598., 55599., 555100., 555101., 555102., 555103., 555104., 555105., 555106., 555107., 555108., 555109., 555110., 555111., 555112., 555113., 555114., 555115., 555116., 555117., 555118., 555119., 555120., 555121., 555122., 555123., 555124., 555125., 555126., 555127., 555128., 555129., 555130., 555131., 555132., 555133., 555134., 555135., 555136., 555137., 555138., 555139., 555140., 555141., 555142., 555143., 555144., 555145., 555146., 555147., 555148., 555149., 555150., 555151., 555152., 555153., 555154., 555155., 555156., 555157., 555158., 555159., 555160., 555161., 555162., 555163., 555164., 555165., 555166., 555167., 555168., 555169., 555170., 555171., 555172., 555173., 555174., 555175., 555176., 555177., 555178., 555179., 555180., 555181., 555182., 555183., 555184., 555185., 555186., 555187., 555188., 555189., 555190., 555191., 555192., 555193., 555194., 555195., 555196., 555197., 555198., 555199., 555200., 555201., 555202., 555203., 555204., 555205., 555206., 555207., 555208., 555209., 555210., 555211., 555212., 555213., 555214., 555215., 555216., 555217., 555218., 555219., 555220., 555221., 555222., 555223., 555224., 555225., 555226., 555227., 555228., 555229., 555230., 555231., 555232., 555233., 555234., 555235., 555236., 555237., 555238., 555239., 555240., 555241., 555242., 555243., 555244., 555245., 555246., 555247., 555248., 555249., 555250., 555251., 555252., 555253., 555254., 555255., 555256., 555257., 555258., 555259., 555260., 555261., 555262., 555263., 555264., 555265., 555266., 555267., 555268., 555269., 555270., 555271., 555272., 555273., 555274., 555275., 555276., 555277., 555278., 555279., 555280., 555281., 555282., 555283., 555284., 555285., 555286., 555287., 555288., 555289., 555290., 555291., 555292., 555293., 555294., 555295., 555296., 555297., 555298., 555299., 555300., 555301., 555302., 555303., 555304., 555305., 555306., 555307., 555308., 555309., 555310., 555311., 555312., 555313., 555314., 555315., 555316., 555317., 555318., 555319., 555320., 555321., 555322., 555323., 555324., 555325., 555326., 555327., 555328., 555329., 555330., 555331., 555332., 555333., 555334., 555335., 555336., 555337., 555338., 555339., 555340., 555341., 555342., 555343., 555344., 555345., 555346., 555347., 555348., 555349., 555350., 555351., 555352., 555353., 555354., 555355., 555356., 555357., 555358., 555359., 555360., 555361., 555362., 555363., 555364., 555365., 555366., 555367., 555368., 555369., 555370., 555371., 555372., 555373., 555374., 555375., 555376., 555377., 555378., 555379., 555380., 555381., 555382., 555383., 555384., 555385., 555386., 555387., 555388., 555389., 555390., 555391., 555392., 555393., 555394., 555395., 555396., 555397., 555398., 555399., 555400., 555401., 555402., 555403., 555404., 555405., 555406., 555407., 555408., 555409., 555410., 555411., 555412., 555413., 555414., 555415., 555416., 555417., 555418., 555419., 555420., 555421., 555422., 555423., 555424., 555425., 555426., 555427., 555428., 555429., 555430

## Das Reichs-Arbeiter-Sport- und Turnfest in Berlin

Der Einmarsch der Fahnen der Arbeitersportler in das Grunewald-Stadion in Berlin, wo vor 50 000 Zuschauern eine großartige Sportschau gezeigt wurde



## Defizit und Klassenkampf

Von Paul Sjende (Paris).

Wahltag ist Zahltag! Dieses alte politische Wort gewinnt jetzt einige Zeit nach der Niederlage der französischen Rechtspartei bei den Kammerwahlen eine ganz besondere Bedeutung. Die finanzielle Gebarung der letzten vier Jahre wird jetzt schamlos entblößt. Dass das Defizit schon seit zwei Jahren besteht und dass es in den letzten Monaten schwindelhafte Höhen erreichten hat, stand auch früher außer Zweifel. Es ist aber ein erheblicher Unterschied, ob dieser Zustand nur von oppositionellen Parteien behauptet oder von einer sich in Amt und Würden befindlichen Regierung öffentlich zugegeben und durch unfehlbare Jiffern erhärtet wird. Der neue Finanzminister zeigte in vorsichtigen Worten darauf hin, dass dieses Defizit bereits in den Jahren 1930/31 mindestens 250 Millionen Frank ausmachte, für das laufende Finanzjahr kann es auf 4 Milliarden geschätzt werden. Diese Jiffer muss noch eine weitere Erhöhung erfahren, schon deshalb, weil Deutschland in diesem Jahre keine Wiedergutmachungen leisten wird. Erst später, nach vielen Wochen oder Monaten, werden die Mitglieder der jetzigen Regierung und der Finanzausschüsse der Kammer und des Senats auf weitere Kosten stoßen, die von der bisherigen Regierung als gedeckt angegeben, in Wirklichkeit aber ohne Deckung sind. Es ist keine Übertreibung, wenn das französische Defizit auf 10 bis 12 Milliarden geschätzt wird. Mit Rücksicht darauf, dass die Gesamtausgaben des Budgets 52 Milliarden Frank ausmachen, eine wahrhaftige Rekordjiffer! Die Regierung Tardieu versuchte noch während des Wahlkampfes, die finanzielle Lage als besonders günstig und das Defizit als nur vorübergehend hinzustellen. Nach der Wahlniederlage war es nicht mehr der Mühe wert, diesen lügenhaften Schein aufrechtzuhalten, außerdem hatte die Regierung überhaupt keine Mittel mehr, die laufenden Ausgaben zu decken, und so war sie gezwungen, noch als geschäftsführendes Ministerium Schachseine in der Höhe von 3 Milliarden auf den Markt zu werben. Auch die neue Regierung wird nicht umhin können, denselben Weg einzuschlagen, nur mit dem Unterschied, dass sie nicht Schachseine mit kurzer Verfallszeit, sondern langfristige Obligationen zur Zeichnung auflegen wird.

Die riesenhafte Umwälzung der Nachkriegszeit, die Heftigkeit und der Umgang der sozialen Kämpfe brachten es mit sich, dass die herrschenden Klassen und ihre Regierungen im Kampf gegen die aufstrebenden Klassen Mittel und Waffen anzuwenden wussten, die früher unbekannt, ja sogar schier unausdenkbar waren. Dem gestürzten Ministerpräsidenten Tardieu kam die geschichtliche Rolle zu, als Kämpfmittel die künftliche Herrschaftsführung eines großen Defizits ausgeholt zu haben.

Beschwörung war seit jeher das bevorzugte Verhalten der Mächtiger, solange es dem Staatschafte gut ging, denn Beschwörung bedeutet, dass auf Kosten der Steuerzahler bevorzugte Schichten große Zuwendungen, Subventionen und Aufträge aus Staatsmitteln erhalten.

Die französische Bourgeoisie hatte aber die Überlieferung, das Gleichgewicht des Staatshaushaltes zu wahren, denn die mächtigste politische Klasse Frankreichs, das sparsende Kleinstbürgertum, legte großes Gewicht auf gute Finanzen und hatte nur zu solchen Regierungen Vertrauen, die mit seinem Gelde haushälterisch umgingen. Dass diese Gelder einseitig, ungerecht und nur im Interesse einzelner Klassen verwendet wurden, interessierte den französischen Kleinbourgeois weniger, er legte nur auf die formelle Ordnung Gewicht, Hauptstück war, dass die Rechnung stimme und ich kein Defizit ergebe. Dieser geistigen Eigenart trug in sehr weitgehendem Maße Poincarés Rechnung, der im Jahre 1928 eine Politik der Riesenüberschüsse einleitete. Diese Jiffern imponierten den kleinen Sparsern dermaßen, dass sie dabei überhaupt nicht bemerkten, dass die Überschüsse durch ihre vielfach erhöhten Steuerleistungen erzielt worden sind. Poincarés Nachfolger im Finanzministerium, Cheron, versetzte noch ausgeprägter diese Grundlage, so dass am 20. Februar 1930, am Tage seiner Demission, der Staatschaf über einen Reservefonds von 19,7 Milliarden Frank verfügte, 1,5 Milliarde Frank nicht eingeschlossen, die um einen Tag früher an die Tilgungskasse abgeführt wurden.

In einigen Monaten wandelte sich der Überschuss in ein Defizit um und innerhalb eines Jahres waren die Riesenreserven des Staatschafes aufgezehrt.

Was veranlasste Tardieu, diese Politik, die so sehr im Gegensatz zu den eingefleischten sozialen Gewohnheiten des Kleinstbürgertums steht, in die Wege zu leiten?

Seit zwei Jahren stand außer Zweifel, dass bei den nächsten allgemeinen Wahlen die Rechtsparteien auf Haupt gelungen würden, jede Nachwahl ließerte dafür einen untrüglichen Beweis. Die Fortsetzung der Finanzpolitik von Poincaré und Cheron hätte der Reaktion die Niederlage nicht ersparen können. So hat Tardieu einen anderen Weg gewählt, nämlich den, bis zu den Neuwahlen die Staatsklassen vollständig zu leeren. Es war eine auffallende Tatsache, über welch verlässliche Mehrheit er in der ausgelösten Kammer verfügte. Trotzdem zu erkennen war, dass die öffentliche Meinung die Politik der Regierung scharf ablehnte, gelang es Tardieu immer, seine "treue" Mehrheit wiederzufinden. Diese Verlässlichkeit ist leicht zu erklären. Die Mitglieder der Regierungsparteien nahmen an der Raublündung

des Staatschafes einen rühmlichen Anteil; die Handlanger der Schwerindustrie setzten für ihre Auftraggeber riesenhafte Belohnungen durch, Milliarden und über Milliarden wurden in Kriegsgebäuden gestohlen. Gleichzeitig begann das große Bankensterben und der Zusammenbruch großer Industrie- und Verkehrsunternehmungen; ein erheblicher Teil der Regierungsabgeordneten stand im Dienste dieser Gesellschaften und setzte durch, dass verstrachte Unterschüsse ganz oder teilweise aus Staatsmitteln saniert wurde. Außerdem setzte die Mehrheit des Parlamentes Steuern herab, die ausschließlich von reichen Leuten gezahlt wurden. Die großen Mittel des Budgets ermöglichten jedem Mitglied der Regierungsmehrheit, sich ausgiebig zu bereichern. Diese Politik der Verschwendungen war aber zugleich eine Politik auf lange Sicht; sollten die Linksparteien siegreich aus den Wahlen hervorgehen, dann sollten sie vor leeren Staatskassen und vor dem für jede demokratische Regierung verhängnisvollen Dilemma stehen: entweder durch entscheidende Steuererhöhungen die Preise in die Höhe zu treiben oder wieder zu Anleihen zu greifen!

Es hängt ausschließlich von der Energie und Aufrichtigkeit

der linksbürgerlichen Parteien ab, durch schamlose Entblößung der Lage den Spiek umzudrehen und ihn gegen die Rechtsparteien und Finanzmächte zu lehren.

Die Tatsache, dass sie sich ohne Unterstützung der Sozialisten kaum zu halten vermögen, lädt hoffen, dass das Defizit als Waffe im Klassenkampf auch gegen die Reaktion verwendet wird!

## Pläne der Mansfeld-Verwaltung

Montag fand in Leipzig die Generalversammlung der Mansfeld AG für Bergbau und Hüttenbetrieb statt. Auf ihr wurde die Eingiebung von Aktien im Nennwert von 1,66 Millionen Mark beschlossen, die sich im Eigentum befinden. Diese Maßnahme geschieht zwecks Deckung von Verlusten und zum Ausgleich von Wertverminderungen. Gegen diesen Beschluss sowie auch gegen die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat (mit Ausnahme von O. Goerdeler und zwei anderen) stimmte eine Minderheit, die auch gegen alle Beschlüsse protestiert. Bemerkenswert an den Ausführungen von Generaldirektor Stähli war folgende Stelle:

Wir werden rechtzeitig vor Ablauf des bis Ende dieses Jahres bestehenden Subventionsabkommen mit den Reichs- und Staatsbehörden in Verbindung treten, um das weitere Schicksal unserer kupfererzeugenden Betriebe zu klären. Entscheidet man sich aus den bekannten Erwägungen grundsätzlich für ihre Fortführung, so werden wir den Standpunkt zu vertreten haben, dass bei aller bisher gezeigten Opferbereitschaft unser Interesse an der Erhaltung der Substanzwerte und der Weiterbeschäftigung der Belegschaft seine natürliche Grenze findet in der Rücksicht auf die Lebensfähigkeit des Gesamtunternehmens, insbesondere seiner gefundenen Glieder. Es wird deshalb bei dieser Gelegenheit auch die in der Presse bereits erörterte Frage entschieden werden müssen, ob und unter welchen Bedingungen die Weiterführung dieser Betriebe überhaupt noch im Rahmen eines privaten Unternehmens möglich und zweckmäßig ist, und welche Folgerungen sich gegebenenfalls für die zukünftige Bilanzgestaltung ergeben.

Diese Ankündigung ist doch wohl nur so zu verstehen, dass hier auf die Möglichkeit einer Abstössung der verlustbringenden Betriebe an das Reich und an Preußen hingewiesen werden soll.

## Mit Sturmschritt zur neuen Rep.-Politik

II Moskau (über Rowno), 27. Juni.

Alle Anordnungen der Regierungen, die freien Märkte vor Übergriffen der Behörden zu schützen, sind bisher erfolglos gewesen. Der Vollsitzungsausschuss der Sowjetunion veröffentlichte deshalb heute eine Verordnung, die dem Schutz der freien Märkte dient. Sämtliche Behörden werden angewiesen, Maßnahmen zum Schutz der freien Märkte zu treffen und sich fortwährend gegenüber denjenigen Bauern zu verhalten, die Lebensmittel auf den freien Märkten verkaufen. Gegenüber Mißgriffen wird strenge Bestrafung angedroht. Die örtlichen Staatsanwaltschaften und die GPU sind angewiesen, die Durchführung der Verordnung zu überwachen. Die Verordnung ist von Kalinin und Molotow unterzeichnet.

## „Napoleon im Bett“

„Großer Tag“ im Slatarsprozess - Das letzte Wort der Angeklagten - Ein deutschnationaler Abgeordneter spielt den Prozeßberater - Tränenausbrüche und Protestruhe

SVD Im Slatarsprozess war am Montag „großer Tag“. Die Angeklagten und ihre Verteidiger waren sämtlich zur Stelle. Auch der Zuschauertraum war seit Monaten wieder zum ersten Male voll besetzt. Die Angeklagten hatten das Schlüsselwort. Während sich die Mitangestellten der Slatars nur auf kurze Bemerkungen beschränkten, machten Willi und Leo Slatar längere Ausführungen, bei denen sie so in Aufregung gerieten, dass sie oft nicht mehr weitersprechen konnten. Mit tränenerstickter Stimme baten sie schließlich um ein mildes Urteil.

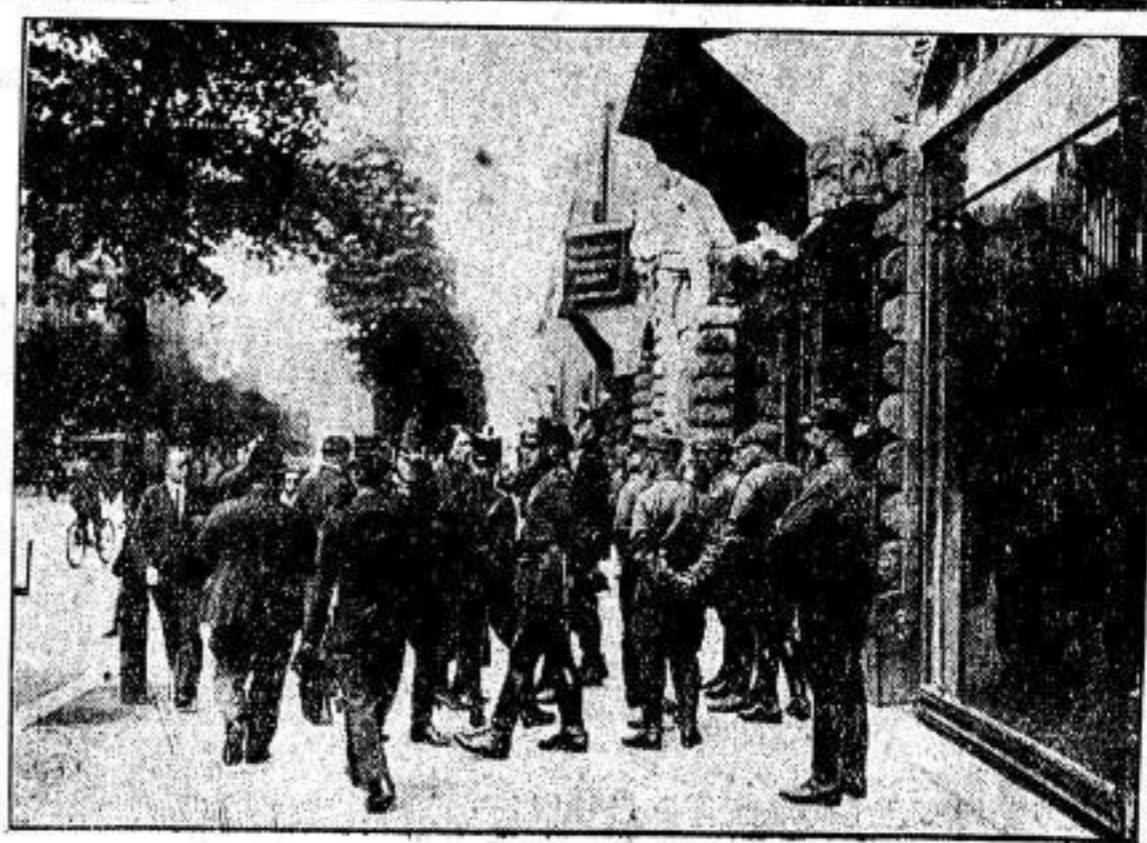
\*  
Leo Slatar hielt ein umfangreiches Manuskript in der Hand, aus dem er ständig vorlas. Er betonte, dass sein Bruder und er nichts weiter als Werkzeuge in der Hand ihres „großen Bruders Max“ gewesen seien. Max sei im Geschäft das gewesen, was auf dem Schiff der Kapitän darstellte. Noch heute müsste man Max den „Napoleon im Bett“ nennen. Leo Slatar führte dann weiter aus: „Herr Stadtbandsdirektor Hoffmann, ich appelliere an unsere Freundschaft. Sie haben immer zu mir gesagt, wenn ich in die Stadtbank kam: „Ihnen kann nichts passieren.“ Im übrigen mögen die Richter an meine Frau und an meine Kinder denken.“

\*  
Leo verschwerte, dass er stets der Gutmütige gewesen sei, aber selten die Gutmütigkeit anderer zu spüren bekommen habe. Ein deutschnationaler Abgeordneter habe zu Beginn des Prozesses zu ihm gesagt: „Menschenskind, Ihnen kann ja gar nichts passieren. Sie müssen nur einen Flug und verständigen Vorliegenden haben.“ Leo Slatar wurde schließlich immer erregter, so dass seine weiteren Aussführungen unverständlich blieben. Schließlich brach er weinend zusammen.

\*  
Willi Slatar sprach kürzer und betonte, dass er nicht wützte, wieso er sich strafbar gemacht habe. Er befände sich jetzt am Bettstab und bitte das Gericht, falls es ihn verurteilen wolle, um Nachsicht. Während die Slatars vom Publikum ruhig angehört wurden, kam es zu lautem Protestruhe der Zuhörer, als Stadtbandsdirektor Hoffmann, der ehemalige Freund und heutige erbitterte Gegner der Slatars das Wort ergriff und die Stirn befehdete, zu erklären: „Ich habe mir nichts zu Schulden kommen lassen. Ich bin vollständig unschuldig und bitte um meine Freisprechung.“ Schließlich sprachen noch die Angeklagten bis auf Lehmann und Tuch, die am Dienstag, kurz vor der Urteilsverkündung, das letzte Wort erhalten. Das Urteil wird im Laufe des Dienstag verkündet werden.

## Der Überfall auf das Berliner „Vorwärts“-Haus

Polizeibeamte mit verhafteten Nationalsozialisten vor dem Berliner „Vorwärts“-Gebäude, die an dem Überfall auf den „Vorwärts“ beteiligt waren



# 02106 Steigende Arbeitslosenziffer in Leipzig

## Seine sommerliche Entspannung

Vom Arbeitsamt Leipzig wird uns mitgeteilt:

Trotz der vorgeschrittenen sommerlichen Jahreszeit konnte bisher eine sonderliche Entspannung am Arbeitsmarkt des Leipziger Bezirks noch nicht Platz greifen. Sintendenden Zahlen der Arbeitsuchenden in einzelnen Berufsgruppen handeln wieder erhöhte Zahlen in anderen gegenüber. Eine gewisse Entlastung brachten die Außenberufe Baugewerbe — nach bis auf das Malergewerbe beendeten Lohnkämpfen — und Landwirtschaft, doch liegen auch hier die Arbeitslosenziffern immer noch außer-

## Der Metallkonflikt in Leipzig

### Mittwoch Funktionärsversammlung des DMV

Die im Tarifkonflikt in der Leipziger Metallindustrie von Oberbürgermeister Dr. Goedel eingelegten Verhandlungen haben bis heute seih gegen 3 Uhr gedauert. Es liegt ein Verhandlungsergebnis vor, über das aber noch nichts näheres zu erfahren ist. Wie verlautet, haben sich die Parteien bis Donnerstagvormittag zu erklären, ob sie dem Ergebnis zustimmen. Die Metallarbeiter nehmen morgen, Mittwoch, 18 Uhr, im Volkshaus in einer Funktionärsversammlung zu dem Resultat der Verhandlungen Stellung.

Der Verband der Metallindustriellen zieht eine Kündigungskontrolle bis Donnerstag vor. Alles weitere hängt von den Entscheidungen ab, die die Parteien im Laufe des morgigen Tages treffen.

gewöhnlich hoch. Zugänge wiesen insbesondere die Angestelltenberufe, das Befleidungsgewerbe, das graphische Gewerbe, das Gastgewerbe und auch die Hausangestellten-Berufe auf; so kommt es, daß

die Arbeitsuchendenzahlen Mitte Juni nochmals um nahezu 300 ansteigen.

Sie halten zur Zeit eine Höhe von 128.974 inne. — In großen Zügen gesehen, entwölften sich der heile Arbeitsmarkt etwa folgendermaßen: In der Landwirtschaft wurden zwar laufend Kräfte untergebracht, doch meldeten sich auf der andern Seite fortgesetzte neue Arbeitsuchenden an. Die Industrie der Steine und Erden stellte nur äußerst Leute ein. In der Metallindustrie hielten sich Ju. und Abgänge diesmal fast

die Waage und erstreckten sich über alle Produktionszweige. In der Textilindustrie war der Beschäftigungsgrad der Kammarbeitsspitzen nicht einheitlich, Kurzarbeit herrschte vielfach vor. Die Baumwollspinnerei konnte noch zufriedenstellen. Die Jutespinnerei mußte bei Auftragsmangel die Arbeitszeit herabsetzen. Das gefallene graphische Gewerbe kann nicht sonderlich befriedigen, vorwiegend handelt es sich immer nur um kurze Rückrufe auf den alten Arbeitsplatz. Das Holzgewerbe liegt unverändert daneben. Im Blechdunngsgewerbe brachte die Maschinenindustrie und verwandte Berufe gleichermaßen starke Anzahl von Arbeitsuchenden. Auch das Kürschnergewerbe ließ im großen und ganzen zu wünschen übrig. Das Bau- und Gewerbe war nach Einstellung der Lohnstreitigkeiten — im Malergewerbe ist noch keine Einigung zustande gekommen — wieder aufnahmefähiger. Auch die vorliegenden Arbeiten versprechen zunächst noch keine merkliche Entlastung dieses Teils des Arbeitsmarktes. Das Gastgewerbe ist unter dem langer anhaltenden kalten Wetter und außerdem noch ganz besonders unter der mißlichen allgemeinen Wirtschaftslage, Handel und Verkehr wurden von der Wirtschaftsdepression gleichfalls stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die Arbeitsuchenden verteilten sich über das Reich, über Sachsen und Leipzig wie folgt:

Stichtag	Deutsches Reich	Freistaat Sachsen	Leipzig
15. 6. 1932	5 681 825	708 558	128 924
Leit 1. 6. 1932	- 18 066	- 3 850	+ 257

(0,2 %) (0,5 %) (0,2 %)

Arbeitsuchende und Hauptunterstützungsempfänger im Leipziger Bezirk stellten sich:

Arbeitsuchende Hauptunterstützungsempfänger  
Stichtag ml. wbl. zul. ms. wbl. auf. dav. illu. dav. Kreu

A) Gesamtbezirk.

15. 6. 1932 94812 32162 128974 35082 18809 48801 19475 29418

1. 6. 1932 94838 31840 128687 35885 18848 49678 20482 29196

B) Leipzig-Stadt.

15. 6. 1932 76212 26478 102690 28248 11303 89551 15881 23670

1. 6. 1932 75663 25083 101846 28097 11224 30021 16543 23378

C) Leipzig-Land.

15. 6. 1932 18800 5884 24284 8884 2508 0840 3584 5748

1. 6. 1932 18975 5866 24841 7188 2610 9757 3939 5818

## Kampf an die Angestellten

Der Vorstand des Bezirks Sachsen des AfA-Bundes erläutert folgenden Aufruf:

Das Bezirkssortat Sachsen des Allgemeinen freien Angestelltenbundes hält am Sonnabend, dem 25. Juni 1932, eine Vorstandssitzung ab, in der sehr eingehend über die Katastrophen-Situation der Angestellten unter besonderer Berücksichtigung der Notverordnung der Regierung Papen gesprochen wurde.

Mit größerer Energie kämpfen die Gewerkschaften gegen den Ansturm der Arbeitgeber, die auf der ganzen Linie mit allen Mitteln die Tarifverträge verletzen und die Rechte der Angestellten zu bestreiten versuchen. Infolge der gerade in Sachsen durchsetzbaren Arbeitslosigkeit — fast 70.000 Angestellte sind erwerblos — konnten die Angriffe der Arbeitgeber nicht reißen abgewehrt werden. Die reaktionären Forderungen der Arbeitgeber scheiterten immerhin an dem Widerstand des früheren Reichsarbeitsministeriums. Die Regierung Brüning wurde zwangswise abgelöst durch eine neue Herrschaft Papen, die in ihrer Antitrikonferierung den Arbeitnehmern die Kurzänderung dadurch angezeigt, daß sie von der Republik als von einem "Wohlfahrtsstaat" sprach. Die Regierung bat, sie erst nach ihren Taten zu beurteilen. Nun, die erste Notverordnung der Regierung Papen brachte eine so ungewöhnliche Verschlechterung der Gesamtlage aller Arbeitnehmer, daß alle Spitzenorganisationen empörte Protestkundgebungen veröffentlichten.

Statt hingenommen haben allein die sonst so großprecherlichen Nationalsozialisten diese Reaktionstat.

Papierne Proteste nützen in der Situation nichts. Es gilt, allen Arbeitnehmern die Erkenntnis einzuhämmern, daß ihnen nur das Schlimmste erspart bleiben kann, wenn sie wirtschaftlich und politisch die höchste Aktivität entfalten. Die im AfA-Bund zusammenge schlossenen Angestellten kämpfen gemeinschaftlich mit den Arbeitern in der "Eisernen Front" gegen die Reaktion. Der Reichs-

tag wurde aufgelöst, da die im Hintergrund lauernden Nationalsozialisten glaubten ihre Zeit zur Errichtung des Dritten Reiches gekommen zu sehen.

Die Fronten sind klar, auf der einen Seite die Gewerkschaften, auf der anderen Seite Fürsten, Barone, Junker und Großindustrielle, gestützt von den Nationalsozialisten.

Es gilt mit eiserner Energie an die Arbeit zu gehen, um bei der Reichstagswahl einen Sieg der arbeitenden Massen zu erreichen. Es geht daher der Ruf an alle Angestellten: Auf zum Kampf in der Eisernen Front für Frieden, Brot und Arbeit!

## Die Nachfolge von Albert Thomas

SPD-Dor. Verwaltungsrat des Internationa len Arbeitsamtes tritt am 20. Juni wieder in Genf zusammen. Der Auftrag wird die Gedächtnissfeier für den verstorbenen Direktor des Amtes, Albert Thomas, sein. An der Trauerfeier, die in der Victoria-Halle stattfinden soll, wird auch der Präsident der Abstimmungskonferenz, Hender sen, teilnehmen.

Die Arbeitslagung beginnt am 1. Juli. In ihrem Mittelpunkt steht die Wahl eines neuen Direktors. Als Kandidaten werden in erster Linie genannt der dänische Finanzminister Stasneas, der gegenwärtige Vizepräsident des Amtes, Bülter, England, und der Belgier Hendrik de Man. Bramsneas war in allen Kabinetten Staatsminister. Sein Name hat in den sozialpolitischen Kreisen einen guten Klang. Er kommt aus dem Arbeiterland. Er war ursprünglich Buchdrucker und hat sich durch Selbststudium zum Professor für Sozialwissenschaften emporgearbeitet.

Erfreulich wäre, wenn der Verwaltungsrat bereits in seiner bevorstehenden Tagung zu einer Entscheidung über die Nachfolge von Albert Thomas käme; denn eine Verschiebung der Wahl des Direktors kann weder für das Amt noch für die Internationale Arbeitsorganisation ein Gewinn sein. Auch werden im Herbst die Schwierigkeiten der Wahl bestimmt nicht geringer sein, als sie gegenwärtig sind. Je länger aber das Amt ohne Führung bleibt,

desto mehr Möglichkeiten bleiben den destruktiven Elementen, die im Hintergrund auf den Vater liegen, um in die Internationale Arbeitsorganisation Bresche zu schlagen.

Bei der Wahl wird der Verwaltungsrat eins nicht vergessen dürfen: an die Spitze des Internationalen Arbeitsamtes kann unmöglich im Gegensatz zu den Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft ein Mann als Führer berufen werden.

In der Verwaltungsratssitzung werden auch Anstrengungen des Internationalen Arbeitsamtes um eine Lösung des internationalen Wirtschaftsproblems herbeigeführt werden. Der Völkerbund hat zu der Entwicklung der Arbeitskonferenz zur Wirtschaftsfrage, vor allem zur Förderung der Konferenz auf Belebung und Unterstützung einer Weltwirtschaftskonferenz Stellung genommen. Hierüber wird der Direktor des Amtes, Bülter, berichten. Ferner wird der Verwaltungsrat in den vom Völkerbund empfohlenen Sparten annehmen Stellung nehmen müssen. Geplant ist, durch einen Kontrollausschuß eine Rationalisierung und Verbesserung der Arbeit des Amtes herbeizuführen.

## Wieder Zusammenstöße im Mitgliedsprozeß

Im Mitglieds-Prozeß Carlo-Petschel schilderte am Montag Dr. Ernst Petschel, der Sohn von Ignaz Petschel, seine Verlobung mit der Tochter des Geheimrats Carlo Vera-Caro habe ihm, so erklärte der Zeuge, eine Liebesgabe ins Feld gespielt und daran sei eine Korrespondenz entstanden. Später habe er seine ehemalige Frau in Wien kennen gelernt. Carlo habe damals nichts gegen die Verlobung gehabt und sogar gedacht: "Dir gebe ich gern." Vors.: "Waren Sie darüber im Bilde, daß Sie sich mit der Tochter eines bekannten Mannes verlobten?" Petschel: "Das ist zu viel gesagt. Ich habe mich nur für die Tochter interessiert und mich niemals nach den Verhältnissen ihrer Familie erkundigt." Rechtsanwalt Dig: "Das kann ich mir nicht vorstellen. Sie mugten doch als Chemiker Geheimrat Dr. Carlo kennen." Es gibt ja schließlich eine ganze Reihe von Verfahren zur Gewinnung künstlichen Stoffes." Professor Alsborg: "Aber ich bitte Sie, Sie haben doch im Felde mit den Ergebnissen ihres Schwiegersohns geschossen. War Ihnen das auch unbekannt?" Petschel: "Ja; allerdings. Wenn ich schon achtete ich nur auf das Geschäft." Alsborg: "Der Zeuge stellt sich hin, als ob er das Völker erfüllt hätte und will uns dann weismachen, daß er nicht gewußt habe, daß sein Schwiegervater der Erfinder des Stoffs ist." Dr. Petschel widersprach bestätig, worauf es zu lebhaften Zusammenstößen zwischen den Parteien kam.

## Überschwemmungskatastrophe in Rumänien

WTB. Bukarest, 27. Juni.

Die starken Regengüsse in ganz Rumänien haben zu großen Überschwemmungen geführt. Eine ganze Reihe von Eisenbahnen ist außer Betrieb. In der Moldau, in der Buzowina und in Siebenbürgen sind zahlreiche Brücken weggeschwemmt worden. In einigen Dörfern wurden fast alle Häuser von den Wassermassen fortgetragen. In einem Dorf in der Moldau entstand eine achtjährige Familie, in der Buzowina eine sechsjährige Familie. Zweihundert sind noch mehr Opfer zu beklagen, doch ist ein Überblick über das Gesamtausmaß der Katastrophe noch nicht möglich.

## Explosion in Köln

1 Toter, 2 Schwerverletzte

SPD Köln, 28. Juni.

In einer Gaspeiseraube-Ausgewinnungsanlage in Knapsack ereignete sich eine Explosion. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei wurden schwer verletzt. Der Sachschaden ist erheblich. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt.

## Flugzeugunglück an der niederländisch-deutschen Grenze

Zwei Tote.

TU Amsterdam, 27. Juni.

Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich am Montag bei Vaals an der niederländisch-deutschen Grenze unweit Nijmegen. Von drei niederländischen Militärflugzeugen, die am Morgen von dem Militärflugplatz bei den Helden aufgestiegen waren, wollte eines wahrscheinlich infolge Motorschadens auf dem Flugplatz bei Vaals niedergehen. Die Maschine stürzte jedoch in einer Kurve ab und fiel in einen Wald. Durch den Aufprall fing die Maschine Feuer, so daß die Rettung der beiden Insassen unmöglich war. Erst nachdem von den drilligen Feuerwehr-Männern der Brand gelöscht worden war, konnten die verkohlten Leichen der beiden Flieger geborgen werden.

alles das. Aber was sie für wunderbares Haar hatte! Lang und dicht und von leuchtendem Goldbraun. Es glänzte wie edles Metall. Sie trug es fest in einem einzigen Zopf gesponnen, den sie wie ein Schulmädchen den Rücken hinunter hängen ließ, und sein Ende reichte ihr bis zur Taille hin. In seiner Festigkeit und seinem Umfang erinnerte er wahrhaftig an eine Neule. Ihr Gesicht war voll, anmutig und von ruhigem Ausdruck. Sie hatte eine gesunde Hautfarbe. Ihre Augen waren von so blassem Blau, daß es an die leere Farbstoffflasche der Augen einer Statue erinnerte. Sie hübsch zu nennen, hätte ihrer Erscheinung nicht entsprochen, die etwas viel Größeres, Eindrucksvolleres hatte, als man sich unter diesem Begriffe vorstellt: die Schönheit ihres Anseugs, die Fülle ihrer Formen, ihre mächtige Gestalt und der Hauch untrütbaren Lebens, der von ihr ausgehen kann, wie der Duft von der Blume, verliehen ihr eine Art länderlicher und zugleich olympischer Schönheit. Wenn man sie sah, wie sie, beide Arme hoch über den Kopf erhoben, nach dem Wechselseite langte, war man versucht, in eine Art heldischer Unbetugung zu verfallen. Die bauchigen Kattunkleider der vorstelllichen Frau Hermann hatten eine einfache Krause am Halse und an den Ärmeln, während die gedruckten Kleider des jungen Mädchens keine Spur von Verzierung aufwiesen; in spärlichen, geraden Falten fiel der Rock auf die Füße herab, und seine Linien hatten, wenn sie stand, etwas Stilles, Bildhäuserartiges. Sie war voll frisch pulsierenden Lebens und hätte anderseits ebenso gut eine Sinnbildliche Statue der Erde vorstellen können — nicht unter allen abgenüglichen Erde, sondern einer jungen Erde, eines jugendlichen Planeten, den noch keine Vorausicht künftiger Kämpfe zwischen Leben und Tod, schwerwolligen Ringens zwischen Geist und Materie bewußtigte.

Der ehrbare Hermann selbst war nicht sehr unterhaltsam, obwohl er ein ziemlich verständliches English sprach. Frau Hermann, die mich allabendlich wenigstens einmal in gastfreundlicher Weise anredete (englischsprachig, wie ich vermute), konnte ich nicht verstehen. Und ihre Nichte, so reizvoll auch ihr Ausdruck war, setzte er erwacht in dem Besucher die besten Hoffnungen für die Zukunft des menschlichen Geschlechters, war ein stilles, beschiedenes Wesen, das meist in eine Rührung vertieft dastand, die sie nur hier und da, wie ich bemerkte, in den Schoß sinken ließ, um in eine Art jugendliche Träumerie zu verfallen. Ihre Tante lag ihr gegenüber, gleichfalls mit Nähn beschäftigt, die Füße auf einem hölzernen Schenkel. Hermann und ich holten uns gewöhnlich ein paar Stühle aus der Kajüte und ließen uns zu einer Rauchpartie nieder, die nur in langen Zwischenräumen von dem fröhlichen Austausch einiger weniger Worte begleitet wurde. Ich kam fast jeden Abend.

(Fortsetzung folgt.)

FALK EINE ERINNERUNG  
NOVELLE VON JOSEPH CONRAD

Nachdruck verboten. Copyright by J. Engelhorns Nachl., Stuttgart

2

Das Schiff hatte seinen Standort gerade vor mir. Sein Name war Diana — nicht von Ephesus, sondern von Bremen. So stand es in weißen, fühlbaren, weit auseinander stehenden Buchstaben auf dem Heck gerade unter den Fenstern der Kajüte zu lesen, nicht unähnlich der Schrift auf einem Ladenchild. Der lächerlich unpassende Name erschien wie ein Hohn auf das Gedächtnis der anmutigsten aller Göttinnen; denn abgesehen von der Tatsache, daß das alte Fahrzeug wegen seines schweren Baues unsäglich war, sah es auf irgendwelche Art von Jagd einzuladen, zählte es auch ein Häuschen von vier Kindern zu seinen Bewohnern. Sie kehrten die Köpfe über die Keling, um die vorbeifahrenden Boote zu sehen und ließen gelegentlich die verschiedenenartigsten Gegenstände auf diese hinunterfallen. So belam ich einmal, ehe ich noch Hermann anders als von Ansehen kannte, eine schaurliche Lumpenpuppe auf meinen Hut, die Hermanns ältester Sohn gehörte. Doch waren diese Kinder im ganzen wohlgezogen. Sie hatten blonde Köpfe, runde Blaue Augen und dunkle Mundnasen und glichen ihrem Vater sehr.

Diese Diana von Bremen war ein höchst harmloses Schiff, das nichts von den Tüden der See zu wissen schien, wie es auf dem Lande Heimstätten gibt, die nichts von dem Treiben der bösen Welt wissen. Der Eintritt, den sie machte, war ein durchaus häuslicher. Sie war ein Heim. Alle die lieben Kinder hielten auf ihrem geräumigen Quartierdeck das Gehör gelernt. Es lag etwas Schönes, ja Alltägliches in solchen Gedanken. Ihre Jähne hatten die Kinder vermutlich an einem Tauende durchgebissen. Den jüngsten Sprössling der Familie, Baby Nikolaus, habe ich mehr als einmal an der Wippe der Voroberbaumbrücke nagen sehen. Der kleine Kerl war überall lieber als in der Kajüte. Sobald man ihn los ließ, trocknete er davon, und der erste heile Matrose, der des Weges kam, hob ihn mit teeren Händen sorgfältig in die Höhe und trug ihn an die Kajütentür zurück. Wahrscheinlich hatten die Leute ein für allemal eine diebebezügliche Wertschätzung erhalten. Während dieser Transportationsversuche der kleine Kerl, die einzige Person von heftiger Gemütsart an Bord, die starken, jungen deutschen Seeleute ins Gesicht zu schlagen.

Frau Hermann, eine liebenswürdige, tüchtige Hausfrau, trug an Bord duschige blaue Kleider mit weißen Tupfen. Wenn ich



# Bie Nazibanditen hausten

SPD Chemnitz, 27. Juni. (Eig. Druckb.)

Die blutigen Überfälle der Nationalsozialisten auf die Teilnehmer an den Sonnenwendfeiern der Sozialistischen Arbeiterjugend in Limbach-Rudendorf spielten sich, wie Augenzeugen berichten, wie folgt ab:

Schon beim Abbrennen des Höhenfeuers wurde ein Attentat auf die Jugend verübt. In dem Holzloch, das angebrannt werden sollte, hatte ein Nazi-Straußritter 20 geladene Patronen versteckt. Nur der Vorstoss und die Gewissenhaftigkeit der für das Höhenfeuer Verantwortlichen ist es zu danken, daß es nicht schon hier zu Unfällen kam. Die Zeitung verständigte die Polizei, die die Patronen an sich nahm.

Auf dem eingezäunten Sportplatz in Rudendorf war ein großes Feuer mit 50 Zelten aufgebaut, in dem für etwa 500 Teilnehmer Platz geschaffen war. Kurz nach 1 Uhr nachts beobachteten Angehörige des Jungbanners, die die Nachtwache durchführten, in unmittelbarer Nähe des Lagers eine Reihe herum schlechender Gestalten. Als man versuchte, sie zu stellen, rissen sie aus und erschossen auf ihre Verfolger ein starkes Feuer. Die Jungbannerleute waren sich schnell zu Boden, so daß keiner getroffen wurde. Später wurden an dieser Stelle 18 Patronenhülsen gefunden.

Ein zweiter, noch gemeineerer Überfall auf das Feuer folgte kurz nach 4 Uhr morgens. Ein geschlossenes Personenauto, in dem sich fünf uniformierte Nazibanditen befanden, fuhr direkt an die Nachtwachen heran und die Jungen schossen auf die Jungbannerleute. Ein Jungbannermann wurde durch einen Schuß in den Oberarm schwer verletzt. Es wurden etwa 20 Schüsse gezählt. Die aufgefundenen Patronenhülsen zeigten, daß aus drei verschiedenen Kalibern geschossen wurde.

Ein Reichsbannerfahnenstand wurde auf der Straße von vierzig Nationalsozialisten überfallen. Die Nazis zogen den Reichsbannermann vom Rad und schlugen ihn nieder. Dem Verletzen stahlen die Nazis einen Photoapparat.

In der Nacht zum Sonntag wollten zwei Samariter eine frische Frau nach Hause transportieren. An der Apotheke in Limbach wurde

auf die durch Klemme und Mühe kennlichen Samariter ein Feuerüberfall verübt.

Die Nationalsozialisten gaben etwa 10 Schüsse ab. Ein Passant wurde durch einen Unachtsamkeitsschuß verletzt.

Im Verlauf der Schießerei, in der ein Chemnitzer Jungbannermann getötet wurde, ist festgestellt worden, daß

etwa 25 SS-Leute, förmlich mit großen Armeepistolen ausgerüstet, auf die marschierenden jungen Menschen geschossen haben.

Als zwei Kameraden den verwundeten Marx aufgehoben, um ihn in ein benachbartes Haus zu tragen, wurde auch auf sie geschossen. Ein kommunistischer Arbeiter wurde durch einen Bauchschuß verletzt. Mit leichter Kraft hielt er sich an einem Baum fest. Ein SS-Mann sprang auf ihn zu und schlug mit einem schweren Eisenküppel auf den Verletzten ein, der blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach.

Der schwerverletzte Chemnitzer Reichsbannerkamerad Marx, dem ein Schuß den Oberleiter und die Mundhöhle verstümmelt, und der weitere schwere Verletzungen erlitten hatte, starb in den Armen seiner Kameraden in einem Hausschlaf, ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war. Als das Chemnitzer Überfallkommando eintraf, wurden zuerst die Arbeiter und Überfallen, nach Waffen durchsucht! So ging kostbare Zeit verloren, die von den Mordgesellen selbstverständlich ausgenutzt wurde. Trotzdem gelang es nicht allen SA- und SS-Banditen, ihre Schuhwaffen in Sicherheit zu bringen. Einigen Nazis konnten Revolver abgenommen werden.

## Wieder politische Zusammenstöße in Chemnitz

Zwanzig Verletzte.

Am Montagnachmittag und abends veranstalteten im ganzen Stadtgebiet die verschiedenen politischen Parteien Umzüge, bei denen es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten einerseits und Nationalsozialisten und Stahlhelmangehörigen auf der anderen Seite kam. Die Zahl der Verletzten wird auf zwanzig geschätzt. Es wurde eine größere Anzahl Demonstranten festgenommen.

## Eins auf die Nazigroßklappe!

SPD Dresden, 27. Juni. (Eig. Druckb.)

Eine schwere Niederlage haben die Nazis vor dem sächsischen Oberverwaltungsgericht erlitten. Sie versuchten, ihre Blamage beim Volksentscheid über die Landtagswahl zu löschen, der trotz kommunistischer und deutschnationaler Hilfe da-

## Amtliche Bekanntmachungen

Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel werden gemäß Art. 123 Absatz 2 der Reichsverfassung für den 28. und 29. Juni für den Stadtbezirk und für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig verboten.

Für Versammlungen und Umzüge vom 30. 6. an bleibt Entschließung der Polizeibehörden vorbehalten.

Leipzig, 28. Juni 1932.

Polizeipräsidium Leipzig.

Amtshauptmannschaft Leipzig.

Herr Walter Egold in Jeschwitz beschuldigt, in dem unter Nr. 17 der Ortsliste für Jeschwitz verzeichneten Grundstück

eine Kleinviehslägerei

zu errichten.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung bekanntgemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf Privatrechts-Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erheben dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.

Amtshauptmannschaft Leipzig,

am 27. Juni 1932.

Der Bezirkstierarzt Oberreg. Bet.-Rat Dr. Lange in Leipzig ist vom 4. Juli bis 8. August 1932 beurlaubt. Die Stellvertretung ist dem Bezirkstierarzt Reg.-Bet.-Rat Dr. Gebauer in Grimma übertragen worden.

Leipzig, am 27. Juni 1932.

Die Amtshauptmannschaft

In der Privatlagensache des Landtagsabg. Walter Dönicke und des Stadtrats, Rudolf Hauke, beide in Leipzig, Weststraße 79, Privatläger,

gegen den Redakteur Kurt Günther, Leipzig, Angelagert, wegen Beleidigung wird das Urteil verkündet:

Im Namen des Volkes!

Der Angeklagte wird wegen Vergehen nach §§ 186, 200 StGB, § 1, Kap. III, 8. Teil der 4. Notverordnung vom 8. 12. 31., § 20 des Preßgesetzes

zu 3 — drei — Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Privatläger erhalten die Beweise ausgetragen, den vorjährigen Teil des Urteils auf Kosten des Angeklagten in demselben Teile und mit derselben Schrift wie der Abruf des Urteils vom 1. 1. 1932, 2. Beilage zu Nr. 3 in der Leipziger Volkszeitung binnen 4 Wochen nach Rechtskrift des Urteils bekanntzumachen.

gez. Dr. Gröppel. gez. Osswald.

## Sparlasse Liebertwolffswit.

Günstige Versicherung aller Kapitalanlagen  
Girokasse Leipzig Konto Nr. 88  
Postcheckkonto Leipzig 114 30.

## Abgabe zur Arbeitslosenhilfe

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung, sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni dieses Jahres ist den Krankenkassen die Einziehung der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe für die nachstehend verzeichneten Personengruppen übertragen

worin:

Lohn- und Gehaltsempfänger, die 1. für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind.

2. wegen der Höhe ihres Arbeitsverdienstes nicht krankenversicherungspflichtig, aber angestelltenversicherungspflichtig und infolgedessen auch für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversichert sind,

3. auf Grund der Reichsversicherungsordnung freiwillig für den Fall der Krankheit versichert sind,

4. sich freiwillig für den Fall der Arbeitslosigkeit weiter versichert haben, nachdem sie die Gehaltsgrenze der Angestellten- und Arbeitslosenversicherungspflicht überschritten haben.

Der Abgabe unterliegen nicht:

a) das Arbeitsentgelt der Lehrlinge,  
b) das Arbeitsentgelt für vorübergehende Dienstleistungen im Sinne des § 168 der Reichsversicherungsordnung und für geringfügige Beschäftigungen im Sinne des § 7b des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Zum Entgelt gehören außer Gehalt und Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge, die statt des Gehaltes oder Lohnes oder neben ihm gewährt werden; Wartegeld, Nutzegeld, Witwen- und Waisengeld, sowie Versorgungsbezüge, die außerhalb der reichsrechtlichen Sozialversicherung mit Rücksicht auf ein früheres Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden.

Für Gehalt- und Lohnempfänger, deren Bezüge nach den Verordnungen vom 5. Juni 1931 und vom 8. Dezember 1931 gefürzt worden sind, beträgt die Abgabe 1,5 vom Hundert des jeweils gewährten Arbeitsentgeltes. Maßgebend für die Ermittlung der Abgabe ist das Bruttoarbeitsentgelt.

Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Meldungen gelten entsprechend. Freimüllig Verpflichtete haben an Stelle des Arbeitgebers die Meldungen selbst zu erstatten und die Abgabe selbst abzuzahlen. § 520 der Reichsversicherungsordnung findet auf alle hier nach Meldepflichtigen Anwendung. Für die unter Jiffex 2 bezeichneten Abgabe-

Freiberg. Unterschlagungen eines Bürgersmeisters. Durch Unterschlagungen ihres Bürgermeisters ist die Nachbargemeinde Niederschönau schwer geschädigt worden. Der seit dem 1. Januar 1930 dort amtierende Bürgermeister Schubert, früher Angestellter der Glücksburg-Werke in Oberhain, hat sich Unterschleifen bei der von ihm mit verwalteten Girosche in Höhe von 13 000 bis 20 000 Mark zusammensetzen lassen. Der Beamte wurde seines Amtes entheben. Er soll noch weitere Verstechungen begangen haben.

Chemnitz. Todesturz eines Radfahrers. Auf der Frankenbergstraße in Ebersdorf verlor ein 19 Jahre alter Schnellverkehrsläufer auf seinem Fahrrad mit großer Geschwindigkeit einen stadtweit fahrenden Buskraftwagen zu überholen. Unglücklicherweise blieb er dabei mit seinem Rad in einer Straßenbahnschiene hängen und stürzte so schwer, daß er von dem Kraftwagen überfahren wurde. Der Verunglückte starb kurz nach seiner Überführung ins Krankenhaus.

## Nach preußischem Muster

Württembergische Nazibedeckte drohen mit Gewalt

In der Freitag-Sitzung des württembergischen Landtages standen folgende Anträge des Bauernbundes, der Demokraten und der Kommunisten zur Erörterung:

1. die Frage, ob eine Fraktion in Uniform zur Landtagssitzung erscheinen kann, durch den Geschäftsordnungsausschuss prüfen zu lassen.

2. der Geschäftsordnung folgende Bestimmung neu einzufügen: „Den Mitgliedern ist das Tragen von Parteiformen nicht gestattet. Der Präsident und seine Stellvertreter sind verpflichtet, Mitglieder, die in Parteiformen erscheinen, aus dem Sitzungssaal zu entfernen.“

3. Der Geschäftsordnung folgende Bestimmung einzufügen: „In den Sitzungen des Württembergischen Landtages ist das Tragen uniformierter Kleidung nationalsozialistischer Organisationen nicht gestattet.“

und zu beschließen: Der Präsident des Württembergischen Landtages besitzt nicht das Vertrauen des Landtages.

Es kam zu einer überaus heftigen Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf der Nazi-Abgeordnete Murr, ohne vom Präsidenten daran gehindert zu werden, eine offensichtlich vorher aufgesetzte Erklärung der Nationalsozialistischen Fraktion vorlegte, in der angedeutet wird, daß sie sich in Zukunft kommunistischen Beledigungen gegenüber das Recht der Selbsthilfe vorbehalte. Also eine unverhüllte Androhung nackter Gewalt. Schließlich wurden alle Anträge gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten, die sofortige Erledigung der Anträge im Plenum verlangten, einem Sonderausschuss überwiesen, der am Sonnabendvormittag zusammentrat und am nächsten Dienstag über seine Beratungen dem Plenum Bericht erstatten soll.

Schon vorher war es zu Tumulten gekommen. Wegen der parteilichen Haltung des Nazipräsidenten hatten Zentrum und Linksparteien geschlossen den Sitzungssaal verlassen, so daß das Haus beschlußfähig wurde und die Sitzung unterbrochen werden mußte. Nach dem Verhalten der Fraktion der Braunhemden während der beiden letzten Sitzungstage wurden von verschiedenen Seiten Zweifel laut, ob mit solchen Elementen, denen die Verantwortung von Krawallen anscheinend Lebensbedürfnis ist, überhaupt auf die Dauer sachlich zusammen gearbeitet werden könne.

Der württembergische Landtagsausschuss für Geschäftsordnungsfragen befaßte sich mit der Frage des Tragens von Parteiformen in Landtagssitzungen. Nach langer Debatte einigte man sich auf einen Vergleichsprojekt, der den Konfliktstoff praktisch befehligt. Die Nationalsozialisten gaben eine Erklärung ab, daß sie ursprünglich gar nicht die Absicht gehabt hätten, über die erste Sitzung der Landtagstagung hinaus in Uniform zu erscheinen, daß sie auf dem Recht, die Uniform im Landtag antragen, beharrten, daß aber zunächst keine Veranlassung dazu für sie vorliege, d. h. daß sie jetzt wieder ohne Uniform zu den Sitzungen kommen würden. Also ein kluger Jurist.

## Dr. Scholz gestorben

DR. Berlin, 27. Juni.

Dr. Ernst Scholz, der frühere Führer der Deutschen Volkspartei, ist nach längerer Krankheit in den Abendstunden des Sonntags in Berlin gestorben. Seit 1923 spielte er in der DVP eine führende Rolle, wobei er zum Teil auch in Opposition gegen Stresemann stand. Bei der Übernahme des Parteidirektors, die im Jahre 1929 für kurze Zeit erfolgte, war Scholz schon erkrankt.

Die Abgabe ist vom 1. Juli 1932 ab als Zulastung zur Kranken- oder Arbeitslosenversicherung zu entrichten.

Tabelle über die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe können in unserer Geschäftsstelle in Empfang genommen werden.

Leipzig, am 28. Juni 1932.

Allgemeine Ortskassenkasse für die Stadt Leipzig.

Wilhelm Schmidt,stellv. Vorsitzender.

Allgemeine Ortskassenkasse Leipzig-Vand.

August Bochle, Vorsitzender.



## Fruchtäste

ergeben erfrischende Getränke

Bitonenmost, ausgewogen	1 Pfund 50 Pf.	
Bitonenmost	in 1/4 Liter-Flaschen 45 Pf.	
himbeermost	ausgewogen	1 Pfund 50 Pf.
himbeermost	in 1/4 Liter-Flaschen 50 Pf.	
orangeade	ausgewogen	1 Pfund 70 Pf.
orangeade	in 1/4 Liter-Flaschen 55 Pf.	

(Preise einschließlich Flasche)

Getränke empfehlen wir aus eigener Herstellung:

Monaden — Seiter — Tafelwasser



## Konsumverein

Leipzig-Plagwitz u. Umg. e. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder

Bitte grüne Ausweisblätter mitbringen!



# Für den Kleingärtner

## Wo ruft die Wllichkeit?

Funktionäre

**Mosau.** Morgen Mittwoch, 20 Uhr, wichtige Sitzung der Agitationsskommission im Turnerheim. Auch die Zeitungsaussträgerinnen müssen dazu erscheinen.

### Frauen

**Großpöppa.** Alle Frauen treffen sich morgen 14 Uhr an der Ecke Burghardt zur Fahrt ins Oberholz.

**Böhlitz-Chrenberg.** Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr, in der Grünen Aue Referat des Genossen Zeiler: "Die Frau im Kulturskampf der Gegenwart".

**Mosau.** Montag, 4. Juli, 20 Uhr, im Ratskeller Referat des Genossen Zeiler: "Die Frauen und die Wirtschaftskrise".

**Probisheide.** Mittwoch, dem 29. Juni, 20 Uhr, im Turnerheim Referat des Genossen Hennig über "Rechtsfragen des täglichen Lebens".

**Döllitz-Hösen.** Wir gehen am Mittwoch, 29. Juni, 19.30 Uhr, zur Werbeveranstaltung der Frauen und Turnerinnenabteilung des Vereins für Arbeitersport 04-Lößnig-Döllitz auf dem Sportplatz in Döllitz. Starke Beteiligung wird erwartet.

### SPD-Straßenbahner

**Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr,** im Volkshaus, Zimmer 8, Referat des Genossen Bruchardt: "Entscheidungskampf für den Sozialismus".

### Arbeitskreis junger Sozialdemokraten

**Alt-Leipzig.** Morgen Mittwoch, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8, Tafel: Arbeitsprogramme.

**Eutritsch.** Morgen Mittwoch, 20 Uhr, Treffen am Heim zum Abendspaziergang.

### Sozialistische Studentenschaft und Schülergemeinschaft

**Mittwoch, 15.30 Uhr,** Handball gegen Bundeschultasse. Das Training beginnt für alle, außer den Spielern, 16 Uhr. — Die Pole müssen bis zum 8. Juli beim Sportleiter abgerechnet sein. — Denkt an das Bezirks-Turn- und Sportfest am 9. und 10. Juli! Wir beteiligen uns geschlossen. Festführer und Abzeichen für 20 Pf. morgen auf dem Sportplatz.

**Horde Zentrum.** Heute, 19.30 Uhr, Niederabend im Volkshaus, Kolonnade 2. Niederbücher mitbringen.

**Horde Norden.** 19.30 Uhr Literarischer Abend im Studentenheim.

### Gemeinschaft Kinderfreunde

**Bezirk Süden.** Morgen Mittwoch, 18 Uhr, Sprechchorprobe auf dem Vorwärtsportplatz.

**Wönnig.** Rote Fasen und Jungfasen treffen sich morgen 17.15 Uhr an der Fichtestraße zur Sprechchorprobe. — Rote Fasen am Donnerstag, 17.30 Uhr, Gruppenabend.

**Gohlis.** Wer mit nach Brandis fährt, muß sich bis 5. Juli bei den Gruppenleitern melden.

**Engelsdorf.** Alle Jungfasen und Roten Fasen heute, 18 Uhr, im Heim zum Strohsägnen. — Restfasen: Mittwoch, 29. Juni, 16 Uhr, im Heim Lustiger Nachmittag.

### Mitgliederveranstaltungen

**Alt-Leipzig-Norden.** Donnerstag, den 30. Juni 1932, 20 Uhr, in der Blücherburg (Blücherstr. 43) wichtige Mitgliederversammlung. Funktionäre, alle Mitglieder laden, ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

## UMGEBUNG

### Verordnetenstzung im Taucha

Die Stadtverordneten lehnen den Haushaltplan ab. Nur die zwei Männer der bürgerlichen Gemeinschaftsstelle stimmen zu. Der Haushaltplan schließt mit einem Gehalt von 328 127 Mark ab. Beträgt doch die Bezirksumlage der Stadt für Wohlfahrtsstellen 132 526 Mark, während die Wohlfahrtslasten der Stadt selbst auch noch 180 000 Mark betragen. Das Reich sucht den Gemeinden immer neue Lasten aufzubürden, während die Zuweisungen immer geringer werden. Obwohl der Haushaltplan leicht Sparmaß aufgestellt war und sich nur auf die Erhaltung der Werke beschränkte, glaubten die Vertreter der Wirtschaftsstelle noch einige Tausend Mark abstreichen zu müssen, der Rat aber konnte sich damit nicht einverstanden erklären, das war der Grund, der die Wirtschaftsstelle veranlaßte, den Haushaltplan abzulehnen. Auch der Rat lehnte den Haushaltplan ab, weil die Aussichtsbehörde ja doch alles strecke! (Kompromit einer "Arbeiterpartei") Die Kommunisten stellten Anträge, lehnten den Rat aber ab. Nach dieser Flucht vor der Verantwortung konnte die SPD alsstärkste Fraktion diesem Haushaltplan ihre Zustimmung nicht mehr geben, um nicht allein für diese trostlosen Verhältnisse verantwortlich gemacht zu werden. Mit der Ablehnung des Haushaltplanes geben die Verordneten den letzten Rest der Selbstverwaltung auf. Untere Wählerkraft wird auch keinen Erfolg mehr finden, daß wir unter derartigen Verhältnissen den Haushaltplan ebenfalls ablehnen.

Der Rat teilt mit, daß er gegen die vom Bezirksverband geforderte Bezirksumlage für 1931/32 Beschwerde bei der Gemeindekammer erhoben habe, weil haushaltspolitisch nur 75 000 Mark von der Aussichtsbehörde im Wege des Zwangsvollzugs festgesetzt worden waren und für die restlichen 57 526 jetzt keine Mittel zur Verfügung stehen.

Die Stadt Taucha soll bei der Reichstagswahl in 5 Wahlbezirke eingeteilt werden.

Der Wirtschaftspartei Frank hatte in der Sitzung vom 18. März die Behauptung aufgestellt, die Stadt ginge mit den Anliegerleistungen nicht haushaltspolitisch um. Der Bauausschuß hat festgestellt, daß diese Behauptungen jeder Grundlage entbehren. Die Arbeiten in der Gartenstadt Taucha-Süd wurden in eigener Regie ausgeführt, das aber paßte den Herrschäften von der Wirtschaftsstelle nicht, deshalb griffen sie zu derartigen Verdächtigungen. Der Wirtschaftsstelle ist kein Mittel schlecht genug, um gegen die verhakte Regie und das Bauamt Sturm zu laufen. Stv. Frank gab dazu noch eine ellenlange Erklärung ab, die in allerlei Verdächtigungen gipfelte und die den Rat wohl nochmals beschäftigen wird.

Eine ausgedehnte Debatte entpuppt sich über die Abrechnung der Stadtkassenrechnung 1929/30. Der Wirtschaftspartei Frank als Prüfer ritt eine Attacke gegen einzelne Ueberschreitungen, mußte sich aber von Bürgermeister befehlen lassen, daß zu den Ueberschreitungen auch Beschlüsse der Stadtverordneten vorliegen. Recht eigenartig erschien es, daß der Stadtverordnetenvorsteher seinem Parteikund gestattet, seine Meinung über das ganze Rechenwerk zu legen, was wohl nicht zu den Aufgaben eines Prüfers gehört. In demagogischer Weise hieß er unserer Partei nachzuladen, daß sie die Abrechnung nicht eingehend geprüft habe. Wir können Herrn Frank versichern, daß wir das Material, das für uns wertvoll ist, herausgezogen haben und auch verwerten werden. Über das Kläffen des Nazis Kausch als Prüfer der Abrechnung brauchen wir kein Wort zu verlieren.

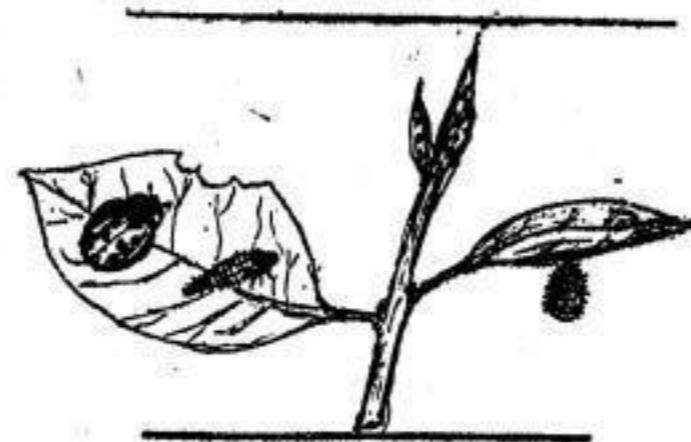
Gegen zwei Stimmen wird der Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer auf 150 Prozent festgelegt.

### Im Zeichen der Etatsberatungen

A Neben einer Reihe laufender Angelegenheiten befaßte sich die Finanzkommission in Schleußig in ihrer letzten Sitzung lehrreich eingehend mit dem Haushaltplan für das gegenwärtige Rechnungsjahr. Nach mehrstündigen Beratungen, in denen verschiedene Aenderungen beschlossen wurden, wurde der neue Haushaltplan angenommen. Besonders hervorzuheben ist, daß der Etatsposten für die

### Juliarbeit im Kleingarten

Wenn die Rosen ihre Hauptblütezeit hinter sich haben und der Sommer nach dem Kalender seine Herzhaft angekommen hat, drängt sich zwar die Arbeit nicht so eng zusammen, wie in den vorhergehenden Monaten, aber zu tun gibt es immer noch genug im Kleingarten, wenn man auch zwischen Blüten findet, die Blumenpracht zu bewundern, deren bunte Zeit jetzt gekommen ist, oder sich an den Beeten zu laben, die frisch vom Strauch weg gepflückt am besten schmecken. So heißt es wenigstens unter Kenner mit seinem Geschmack. Noch selber, behaupten meine Kinder, schmecken sie unmittelbar vom Busch in den Mund. Wenn nicht gerade eine der widerlichen Baum- und Beerenwangen sich auf der Frucht unanständig benommen hat. Je nach der Witterung wird mehr oder weniger gegessen werden müssen. Im allgemeinen gilt ja der Juli für einen trockenen Monat, in dem durch Bewässerung nachgeholfen werden muß. Junge Pflanzungen besonders von Gemüse werden bei Trockenheit in der Weise gewässert,



dass man das Wasser in den leichten Vertiefungen zwischen den Pflanzreihen entlang laufen läßt. Das reicht meist für eine Woche aus. Nur sollen abends die Jungpflanzen überbraust werden, wenn es sehr trocken war. Die Gewürzkräuter wie Majoran, Dill, Estragon, Salbei, Bohnenkraut, Thymian stehen kurz vor der Blüte. Ihre Stengel sind noch nicht holzig. Sie enthalten zu dieser Zeit den meisten Wurststoff. Soweit sie nicht frisch verwendet werden, ist jetzt die günstigste Zeit, sie für den Winter zu trocknen. Sie werden geschnitten, locker gebündelt und in luftigem Raum aufgehängt. Je dicker die Bündel sind, um so schneller erfolgt das Trocknen, und je schneller sie getrocknet werden, um so gewürziger halten sie sich. Vor Staub müssen sie ebenso gut geschützt werden wie vor sengender Sonnenglut. Später werden sie in saubere Leinwandstücke verpackt und vor Nähe geschützt aufgehoben.

Während auf der einen Seite Vorräte für den Winter geerntet werden, wird auf der anderen fürsorglich noch dafür angebaut. Salat, Endivien, Kohl, Kohlrabi können noch ausgesät werden. Vor allen Dingen wird man sich um Grünkohl oder Braunkohl, das frische Blattgemüse des frostigen Winters, bemühen. Jungpflanzen, die vor einigen Wochen ins Freiland gezogen worden sind, sind schon kräftig genug, um im Freiland schnell heranzuwachsen, gleichviel ob es sich um hohe oder niedrige Sorten handelt. Gegebenenfalls werden sie erst noch einmal verstopft. Der vielleicht grüne Braunkohl ist der frosthärtteste, der wie alle Blattkohlarten gerade erst durch den Frost selber im Geschmack wird. Rosenkohl kann auch noch gepflanzt werden. Zum guten Gedanken ist bei Regenwetter öfter ein Dunggrub nötig. Die Stielknospen der Zwiebeln fördern die Blattbildung. Die abgeernteten Puffbohnen pflanzen geben noch eine zweite Ernte, wenn man die oberen Stengel abschneidet bis auf die seitlichen Jungtriebe, die nirgends fehlen, zurückgeschnitten.

Zur Ausaat eignen sich noch Rapunzeln und Spinat, der weitläufig in Rüslen ausgezogen wird. Mit dem Spargel ist es dagegen vorbei. Sobald die nachwachsenden Schäfte etwa 15 Zentimeter hoch sind, werden die Spargelbeete abgegraben. In die Gräben kommt Stallmist oder ein Harnstoff-Kali-Phosphatkali. Darüber kommt das Erdreich der Wälle, das mit dem Dung gemischt wird, doch so, daß er gut bedekt ist. Wenn um die aufschiegenden Pflanzen noch ein Erdhügel stehen bleibt, so schadet das nichts. Entwickelt die Pflanze reichlich Laub, so daß das ganze Spargelquartier dicht überwachsen ist, so sind die Aussichten auf eine reiche Ernte für die nächste Spargelperiode gut.

Zur Ausaat eignen sich noch Rapunzeln und Spinat, der weitläufig in Rüslen ausgezogen wird. Mit dem Spargel ist es dagegen vorbei. Sobald die nachwachsenden Schäfte etwa 15 Zentimeter hoch sind, werden die Spargelbeete abgegraben. In die Gräben kommt Stallmist oder ein Harnstoff-Kali-Phosphatkali. Darüber kommt das Erdreich der Wälle, das mit dem Dung gemischt wird, doch so, daß er gut bedekt ist. Wenn um die aufschiegenden Pflanzen noch ein Erdhügel stehen bleibt, so schadet das nichts. Entwickelt die Pflanze reichlich Laub, so daß das ganze Spargelquartier dicht überwachsen ist, so sind die Aussichten auf eine reiche Ernte für die nächste Spargelperiode gut.

Vollspeisung von 6000 Mark auf 10 000 Mark erhöht worden ist, um die Durchführung der Vollspeisung für das ganze Jahr sicherzustellen. Da hierfür keine Deckung beschlossen worden ist, wird sich der Zehnbetrag nach den provisorischen Berechnungen von 123 000 Mark auf 127 000 Mark erhöhen.

Im Laufe der nächsten Woche wird sich der Magistrat mit dem Haushaltplan befassen. Das Stadtparlament wird wahrscheinlich in der zweiten Juliwöche zur Beratung des neuen Etats zusammentreten.

Die nächste Stadtverordnetenstzung wird sich weiterhin noch einmal mit dem am 25. April gefassten Beschuß über die Erhöhung eines Berufsschulbeitrages für 1931 zu beschäftigen haben; aller Voraussicht nach wird eine völlige Freilösung von diesem Beitrag erfolgen, da er angeblich zu Unrecht eingesetzt ist.

Schleußig.

In der vergangenen Nacht wurde in der Schneiderischen Baumchule der erst vor kurzem angeschaffte wertvolle Jagdhund erschossen. Da in letzter Zeit dort bereits zweimal eingebrochen wurde, ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß dieser Vorfall im Zusammenhang mit den noch immer unaufgeklärten Einbrüchen steht.

Schleußig-Papitz.

Das alljährlich am Gründungstage der Ortsgruppe stattfindende Sommerfest der SPD findet nicht am 17. Juli statt. Es ist wegen der Reichstagswahlen auf den 3. Juli vorverlegt worden. Eröffnet wird das Fest durch einen Umgang mit Musik. Stellen deselben 18.30 Uhr auf dem Arbeiterturnplatz in Papitz. Trotz der wirtschaftlichen Nöte werden jedem Teilnehmer einige verhältnismäßig Stunden bereitgestellt. Eintritt 20 Pfennig, Erwerbsloje 10 Pfennig.

Bad Dürrnberg.

Bei den eben stattgefundenen Elternbeirats-Wahlen lehnte die Dürrnberger Elternschaft die verschleierte Naziliste ab, und protestierte damit gegen das Eindringen des Hitlergeistes in die Schulen. Unsere Linke Schulaufbau tonnte ihre Mandate von 2 auf 7 erhöhen. Die bürgerliche Naziliste verlor 48 Prozent ihrer Stimmen von der letzten Elternbeirats-Wahl. Die KPD-Liste konnte ihre Mandate von 3 auf 4 erhöhen.

### Versammlungskalender

**Mittwoch, den 29. Juni.** Metallarbeiter-Funktionäre, Volkshaus, 19 Uhr. Gemeinnützige Baugenossenschaft "Zum Engel", c. G. m. b. H., Bad Dürs, Gasthaus zum Engel, 20.15 Uhr.

Freilandgäerten und Kürbisse kommen nun zur Blüte. Die geschäftigen Bienen fliegen ab und zu und besetzen die Blüte. Alle beim Altbis versiegte Kleingärtner schlagen die jungen Kürbisse bald ab. Er bricht eine der großen Trichterblüten ab und streicht mit den gelben Staubköpfen über die Stempelnarben der weißen Blüten, die an dem Ansatz des Kürbisses unter der Blüte zu erkennen sind.

Wenn wir den Boden verbessern wollen und dazu kein Stallmist zu haben ist, dann greift man zur Gründüngung, zu der alle Hülsenfrüchte, Bohne, Erbse und vor allem Lupine verwendet werden können. Die abgeernteten Pflanzen kommen nicht einfach eine der widerlichen Baum- und Beerenwangen sich auf der Frucht unanständig benommen hat. Je nach der Witterung wird mehr oder weniger gegessen werden müssen. Im allgemeinen gilt ja der Juli für einen trockenen Monat, in dem durch Bewässerung nachgeholfen werden muß. Junge Pflanzungen besonders von Gemüse werden bei Trockenheit in der Weise gewässert,

Während auf der einen Seite Vorräte für den Winter geerntet werden, wird auf der anderen fürsorglich noch dafür angebaut. Salat, Endivien, Kohl, Kohlrabi können noch ausgesät werden. Vor allen Dingen wird man sich um Grünkohl oder Braunkohl, das frische Blattgemüse des frostigen Winters, bemühen. Jungpflanzen, die vor einigen Wochen ins Freiland gezogen worden sind, sind schon kräftig genug, um im Freiland schnell heranzuwachsen, gleichviel ob es sich um hohe oder niedrige Sorten handelt. Gegebenenfalls werden sie erst noch einmal verstopft. Der vielleicht grüne Braunkohl ist der frosthärtteste, der wie alle Blattkohlarten gerade erst durch den Frost selber im Geschmack wird. Rosenkohl kann auch noch gepflanzt werden. Zum guten Gedanken ist bei Regenwetter öfter ein Dunggrub nötig. Die Stielknospen der Zwiebeln fördern die Blattbildung. Die abgeernteten Puffbohnen pflanzen geben noch eine zweite Ernte, wenn man die oberen Stengel abschneidet bis auf die seitlichen Jungtriebe, die nirgends fehlen, zurückgeschnitten.

Ein Schädling darf aber nicht unbeachtet bleiben, das ist das Unkraut oder vielmehr die Schar der Unkräuter. Jäten und Hoden, dieses Ausstechen der Wurzeln ist immer wieder nötig.

Denn was das Unkraut dem Boden entzieht an Nährstoffen — und es braucht viel Aufbaupower — geht natürlich der Pflanze verloren. Die Dauerung des Bodens bei der Unkrautvertilgung macht auch das Gleiche weniger oft notwendig und bewahrt den Kleingarten vor einem großen Übel, dem viel zu häufigen Wiegen, das zur Versäuerung des Bodens beiträgt.

Die Schäden von unten abfressen, so vermehren sich in den oberen Teilen die Blattläuse, denen die Ameisen Hilfe leisten. Die Larven der Marienkäfer und diese selbst kämpfen wieder gegen diese Schädlinge und werden von einer Anzahl anderer Insektenlarven unterstützt, aber sie können doch nicht Herr über die Schäden werden. Da muß denn die Tabakblüte als Spritz- oder Pflanzmittel heran. Ebenso ist jetzt die Zeit der Blattlausvermehrung. Am besten hat sich mir zu ihrer Bekämpfung das Beipflanz mit Spiritus, in dem etwas Schießpulpa gelöst ist, bewährt.

Ein Schädling darf aber nicht unbeachtet bleiben, das ist das Unkraut oder vielmehr die Schar der Unkräuter. Jäten und Hoden, dieses Ausstechen der Wurzeln ist immer wieder nötig. Denn was das Unkraut dem Boden entzieht an Nährstoffen — und es braucht viel Aufbaupower — geht natürlich der Pflanze verloren. Die Dauerung des Bodens bei der Unkrautvertilgung macht auch das Gleiche weniger oft notwendig und bewahrt den Kleingarten vor einem großen Übel, dem viel zu häufigen Wiegen, das zur Versäuerung des Bodens beiträgt.

Dr. O. Popitz.

die Schäden von unten abfressen, so vermehren sich in den oberen Teilen die Blattläuse, denen die Ameisen Hilfe leisten. Die Larven der Marienkäfer und diese selbst kämpfen wieder gegen diese Schädlinge und werden von einer Anzahl anderer Insektenlarven unterstützt, aber sie können doch nicht Herr über die Schäden werden. Da muß denn die Tabakblüte als Spritz- oder Pflanzmittel heran. Ebenso ist jetzt die Zeit der Blattlausvermehrung. Am besten hat sich mir zu ihrer Bekämpfung das Beipflanz mit Spiritus, in dem etwas Schießpulpa gelöst ist, bewährt.

Ein Schädling darf aber nicht unbeachtet bleiben, das ist das Unkraut oder vielmehr die Schar der Unkräuter. Jäten und Hoden, dieses Ausstechen der Wurzeln ist immer wieder nötig.

Denn was das Unkraut dem Boden entzieht an Nährstoffen — und es braucht viel Aufbaupower — geht natürlich der Pflanze verloren. Die Dauerung des Bodens bei der Unkrautvertilgung macht auch das Gleiche weniger oft notwendig und bewahrt den Kleingarten vor einem großen Übel, dem viel zu häufigen Wiegen, das zur Versäuerung des Bodens beiträgt.

### Rundfunkprogramm

Leipzig—Dresden

Mittwoch, den 29. Juni.

6.00 Uhr: Funkgymnastik.  
8.15